

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6/2016

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2016

Redaktionsnotiz.....	3
Wachsende Kriegsgefahr.....	5
<i>Walter Ulbricht</i> : Über die Ursachen der Kriege.....	5
<i>Horst Schneider</i> : Quo vadis Deutschland? Anmerkungen zur „neuen“ deutschen Außenpolitik.....	10
<i>German Foreign Policy</i> : Kriegsgefahr in Ostasien.....	17

Zur Desinformationspolitik der Massenmedien.....	22
<i>Ständige Publikumskonferenz / RT Deutsch (Dokumentation):</i> Programmbeschwerde – Propaganda im Kinderprogramm des Deutschlandfunks.....	22
<i>Brigitte Queck, Vorsitzende der Vereinigung „Mütter gegen Krieg Berlin-Brandenburg“: Offener Brief an das ARD- Fernsehen.....</i>	25
Zur Geschichte des Sozialismus.....	26
<i>Torsten Schöwitz: Warumscheiterten 1989 alle Staaten gleichzeitig? Abschrift des KI-Videos.....</i>	26
<i>Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba, Teil 1.....</i>	30
Die Antideutschen und die Israel-Lobby.....	47
<i>Erklärung der VeranstalterInnen der 21. Linken Literaturmesse in Nürnberg: Literaturmesse als antisemitische Veranstaltung beschimpft.....</i>	47
<i>Cafe Palestine Freiburg, Dr. Gabi Weber: (Unvollständige) Übersicht über menschenrechtsorientierte Veranstaltungen der letzten elf Jahre, die be- oder verhindert wurden.....</i>	49
Kriminalisierung von Antifaschisten, Ehrung für Faschisten.....	57
<i>Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Massive Kriminalisierung, um Neonazis den Weg frei zu halten? Über 80 Strafverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen in Süd-niedersachsen.....</i>	58
<i>Gerhard Feldbauer: Italien - Sozialdemokratische Stadtverwaltung Mailands ehrte Mussolinis Salo-Faschisten.....</i>	59
DKP.....	64
<i>Stephan Messerschmidt: Persönliche Aufforderung zu einer Stellungnahme der DKP.....</i>	64
<i>Frank Flegel: Anzeigenanfrage an die UZ – ein Erlebnisbericht.....</i>	65

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 99 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Ihr - unsere Abonnenten - erhaltet gleichzeitig mit diesem Heft das Buch von Heinz Keßler: „Briefe aus dem Gefängnis“.

Das Buch erhaltet Ihr als Ersatz für die sonst von uns aufgelegten thematischen Sonderhefte, von denen wir in der Regel zwei pro Jahr zusätzlich zu den magazinartigen Zwei-Monatsheften gemacht haben. Es gelten die Bedingungen des offensiv-Abos: Bezug unentgeltlich, Spenden sind erwünscht.

Interessant war im Vorfeld des Erscheinungstermins das Subskriptionsangebot für das Buch, denn durch die entstehenden Kontakte hat sich eine schöne Funktion dieser Veröffentlichung bereits angedeutete, die Dieter Itzerott so formulierte: es bringt die Standhaften wieder zusammen. Inhaltlich hoffen wir, dass die unterschiedlichen historischen Schlaglichter, die das Keßler-Buch enthält, für Euch interessant sind. Über Rückmeldungen würden wir uns freuen.

Und wo wir gerade bei den alten, standhaften Kommunisten sind: Anfang November beging ein ganz Großer seinen 99. Geburtstag: Kurt Gossweiler. Stellvertretend für viele sei hier der kurze, aber intensive Gruß von Emko zitiert: „Zu einer Zeit, da alles dunkel schien, hat er nicht nur in meinem Kopf mehr als ein Licht entzündet und war so die wichtigste Kraft einer neuen Aufklärung nach dem Rückfall in die Barbarei. Herzlichen Dank, Kurt! In diesem Sinn: Vorwärts, Genossen!“ Wir schließen uns diesem Gruß vollinhaltlich an und zitieren Kurt, wie er von sascha 313 ins Internet

gestellt wurde: „Es kann nicht Sache der Sozialisten sein, sich nach einer Niederlage - auch wenn sie so aufwühlend und erschütternd ist wie die, die wir durchleben – von den Siegern auch geistig überwältigen zu lassen, indem sie zu deren Konfession konvertieren, sondern sie müssen ihre Erkenntnisse erweitern und bereichern durch die verarbeiteten Erfahrungen der Niederlage in der Gewissheit, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist und nicht das letzte Wort der Geschichte sein darf, wenn die Geschichte der Menschheit weiter gehen soll.“ (Kurt Gossweiler in den Weißenseer Blättern)

Etwa parallel zu dem Zeitpunkt, an dem Ihr dieses Heft und das Buch von Heinz Keßler in der Hand haltet, findet das vierte Seminar unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums statt - am 3. und 4. Dezember. Es wird um die ökonomischen Fragen des Aufbaus des Sozialismus gehen, um die Planwirtschaft und um alles, was damit zusammenhängt. Bildung ist extrem wichtig.

Aber nun zu diesem Heft: Natürlich sind die Kriegsvorbereitungen Thema, die Kriegsgefahr wächst und der deutsche Imperialismus wartet auf jede Chance. In diesem Zusammenhang sind die Reaktionen auf die Wahl Trumps zum US-Präsidenten sehr interessant. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Ergebnisses hieß es, dass Deutschland und Europa jetzt, nach Trumps „america first“, nicht mehr auf den Schutz durch die USA setzen könnten, sondern für sich selber sorgen, also militärisch weiter aufrüsten und schlagkräftiger werden müssten. Sie lassen wirklich keine Möglichkeit aus, die Neuaufteilung der Welt zu betreiben. Zu dem Thema Kriegsvorbereitungen gehört auch ein exemplarischer Blick auf unsere Massenmedien

Weiterhin findet Ihr Unglaubliches und trotzdem Typisches über die Antideutschen im Verein mit der Israel-Lobby. Manchmal ist es nicht zu fassen, dass es Linke gibt, die auf deren plumpe Argumentation reinfallen. Wer nicht begreifen kann, dass es ein Unterschied ist, ob man einen Staat, also die politische Verfasstheit der herrschenden Klasse eines Gemeinwesens mit bestimmten politischen Zielen und Handlungen kritisiert oder ob man ein Volk, eine Religionsgemeinschaft oder Menschen einer bestimmter Hautfarbe diskriminiert, der muss blöd oder böswillig sein. Der Staat Israel ist ein Vorposten des Imperialismus im Nahen Osten, er verfolgt eine aggressive, unterdrückende, rassistische, die Menschenrechte mit Füßen tretende Politik. Das ist in jedem einzelnen Punkt nachweisbar. Aber wenn die Redaktion der offen-siv das ausspricht, ist sie nicht antisemitisch. Wir sagen nichts gegen Juden, sondern gegen die Politik einer bestimmten herrschenden Klasse. Und damit Schluss der Debatte.

Leider müssen auch wieder Antifaschismus und Neofaschismus Thema sein, sowohl in Deutschland als auch in Italien, es gibt ein paar Bemerkungen zu Erfahrungen mit der DKP und die Geschichte des Sozialismus ist natürlich wieder Thema. Hier findet

Ihr neben einem Interview mit Torsten Schöwitz, dem Vorsitzenden der KPD, den ersten Teil der Analyse des wirtschaftlichen Reformprozesses in Cuba – aber nicht zu früh freuen: es geht im ersten Teil um die theoretischen und historischen Grundlagen, der zweite Teil, in dem es dann konkret um Cuba gehen wird, erscheint in der Januar-Februar-Ausgabe.

Das Jahr geht zu Ende, weltpolitisch war es kein gutes Jahr. Das nächste verspricht nichts Besseres. Unsere Kräfte sind schwach, aber wir müssen tun, was wir können.

Wir wünschen Euch ein paar ruhige Tage und - trotz der zu erwartenden weiteren Zuspitzung der internationalen Lage und der unangenehmen politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland - persönlich alles Gute für das Jahr 2017.

Und ohne um Spenden zu bitten geht es nicht. Bitte denkt daran, dass Zeitungsmachen nicht nur Energie kostet, sondern auch Geld.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Wachsende Kriegsgefahr</h2>

Walter Ulbricht: Über die Ursachen der Kriege

In die Form eines Interviews gebracht und veröffentlicht am 15. Oktober von sascha 313

Auf einer Funktionärskonferenz im Jahre 1950, also vor 65 Jahren, gab Walter Ulbricht eine klare Analyse der internationalen Lage in Europa, die sich unter dem Einfluß der USA, mit der Vereinigung der drei Westzonen und der Gründung des westdeutschen Separatstaates immer weiter verschärfte.

Wir stehen heute vor einer ähnlichen Verschärfung der weltpolitischen Lage, und genau wie damals war die aggressive Haltung des USA-Imperialismus dafür verantwortlich.

Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien sind nur Beispiele dafür, wie die USA ihre Vormachtstellung in der Welt mit militärischen Mitteln ausbauen.

Bei dem folgenden Text handelt es sich um ein fiktives Interview, basierend auf einer Rede des Genossen Ulbricht:

Frage: Was können wir heute aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen?

Walter Ulbricht:

Für die Jugend von heute genügt es natürlich nicht, für den Frieden zu sein und gegen die Kriegspropaganda zu kämpfen, indem sie Unterschriften für die Ächtung der Atomwaffe sammeln.

Es ist notwendig, daß die Quellen der Kriege, d.h. das Wesen des Imperialismus, gründlich studiert werden, um zu einer grundsätzlich richtigen Betrachtungsweise zu kommen. Eine ausgezeichnete Darstellung über die Entstehung und Ursachen des imperialistischen Krieges hat J.W. Stalin in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ gegeben, die ich allen zum Studium empfehle.

In diesem Lehrbuch wird die Ursache des ersten Weltkriegs analysiert, in dessen Ergebnis durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf einem Sechstel des Erdballs der Imperialismus vernichtet wurde. Es wird dort auch die Ursache des Zweiten Weltkriegs analysiert.

Frage: Was führte zum 2. Weltkrieg?

Walter Ulbricht:

In diesem Krieg strebte das imperialistische Deutschland nach der Eroberung riesiger Gebiete bis zum Ural, bis Afrika und über die Türkei bis Indien.

Der USA-Imperialismus wiederum wollte in diesem Krieg Deutschland und Japan als Konkurrenten ausschalten und seine eigenen Machtpositionen stärken.

Die Herren der USA hofften, daß die Sowjetunion in dem harten Kampf gegen den Hitlerfaschismus so geschwächt würde, daß die USA auch der Sowjetunion weitgehend ihren Willen diktieren könnten. Das Ergebnis war aber ein ganz anderes.

Frage: Wie veränderte sich die Lage nach 1945?

Walter Ulbricht:

Trotz der unermeßlichen Verluste und trotz des furchtbaren Leids, das der faschistische Überfall Hitlerdeutschlands über die Sowjetunion gebracht hatte, ging die Sowjetunion ungeheuer gestärkt aus diesem Kriege hervor.

So war die industrielle Produktion der Sowjetunion gegen Ende 1950 etwa doppelt so hoch wie 10 Jahre zuvor, d.h. vor Beginn des Überfalles Hitlerdeutschlands.

Mehr noch: Entgegen den Plänen des USA-Finanzkapitals brachte das Ende des zweiten Weltkrieges die Befreiung eines großen Teiles Europas vom Imperialismus, die Bildung der volksdemokratischen Länder und die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Osten führte das chinesische Volk seinen Befreiungskampf zum Siege, und auch in den Kolonien nahm der Befreiungskampf der unterdrückten Völker an Umfang und Intensität zu.

Das Neue an der Lage gegenüber früher bestand darin, daß die große Weltfriedensbewegung sich nicht nur auf die mächtige Sowjetunion, sondern auch auf eine große Zahl volksdemokratischer Staaten stützen konnte, insgesamt auf 800 Millionen Menschen, die eine starke weltpolitische Kraft darstellten.

Gleichzeitig war eine Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten zu verzeichnen.

Frage: Was waren die Ursachen der bisherigen imperialistischen Kriege?

Walter Ulbricht:

Wenn wir uns mit dieser Frage beschäftigen, müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß es Kriege um die Neuaufteilung der Welt erst gibt, seitdem sich das kapitalistische System der Weltwirtschaft zu einem weltumspannenden System der Unterdrückung der Mehrheit der Menschheit durch wenige imperialistische Staaten entwickelt hat und der Kampf zwischen den imperialistischen Staaten um Absatzmärkte und um die Weltherrschaft auf die Spitze getrieben wurde.

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts war die Welt unter den imperialistischen Großmächten aufgeteilt. Es gab keine „freien“ Territorien mehr, die sie erobern konnten, ohne mit anderen Großmächten in Konflikt zu kommen.

Solche imperialistischen Mächte wie die USA, die ihre Machtpositionen im ersten und zweiten Weltkrieg verstärken konnten, nutzen ihre Macht aus, um auf Kosten anderer Großmächte wie England und Frankreich ihre Macht zu stärken und ihre Einflußsphäre zu erweitern.

Frage: Welcher Methoden bedienen sich die US-amerikanischen Finanzkapitalisten, um Einfluß auf Europa zu gewinnen?

Walter Ulbricht:

Ein Mittel dazu war der Marshallplan.

Es ist verständlich, daß dem amerikanischen Finanzkapital die Existenz der Sowjetunion, des volksdemokratischen China usw. ein Dorn im Auge war. Nicht nur deshalb, weil sie nach der Ausbeutung dieser Länder strebten, sondern auch deshalb, weil die Existenz der Sowjetunion, des Lagers der Demokratie und des Sozialismus, die Imperialisten an der Eroberung anderer Länder hinderte und den nationalen Befreiungskampf der Kolonialvölker stärkte.

J.W. Stalin sagte darüber: *„Hieraus resultiert auch das ‚natürliche‘ Bestreben imperialistischer Kreise, die Widersprüche im eigenen Lager in den Hintergrund zu schieben, sie zeitweilig zu verwischen, eine Einheitsfront der Imperialisten zu schaffen und einen Feldzug gegen die UdSSR in die Wege zu leiten, um die sich vertiefende Krise des Kapitalismus wenigstens teilweise und wenigstens zeitweilig auf Kosten der UdSSR zu lösen.“* (J.W. Stalin: Notizen über Gegenwartsthemen, in: J. Stalin, Werke, Dietz Verlag Berlin, 1953, Bd.9, S.279.)

Frage: Welche Länder sind für die Imperialisten am „interessantesten“, um sie zu okkupieren?

Walter Ulbricht:

Es ist charakteristisch, daß die imperialistischen Mächte sich nicht, wie früher manche Sozialdemokraten glaubten, nur agrarische Gebiete unterwerfen wollen, sondern hochindustrielle Gebiete, Länder mit einer alten nationalen Kultur sogar bevorzugen.

Lenin schreibt in seinem grundlegenden Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“: *„Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur Agrarländer, sondern sogar höchstentwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Verteilung der Erde, bei einer Neuverteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken. Und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Bestreben nach der Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie (für Deutschland ist Belgien von besonderer Wichtigkeit als Stützpunkt gegen England; für England Bagdad als Stützpunkt gegen Deutschland usw.).“* (W.I. Lenin, Ausgew. Werke in 6 Bd., Bd.II, S.732.)

Es ist also kein Zufall, daß der faschistische deutsche Imperialismus zunächst mit der Eroberung der hochindustriellen westeuropäischen Staaten begann, um sich die Rüstungszentren für die ungeheure Kriegsproduktion zu sichern, die für seine Welteroberungspläne notwendig waren.

Der amerikanische Imperialismus ist in die Fußstapfen Hitlers getreten, mit dem Unterschied, daß er Westdeutschland zum Hauptstützpunkt seiner Kriegsaggression in Europa erwählt hat.

Frage: Warum waren die Imperialisten damals so sehr an Westdeutschland interessiert?

Walter Ulbricht:

Das geschah erstens, weil Deutschland nicht weit von der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern entfernt war, zweitens, weil Westdeutschland eine bedeutende Schwerindustrie hatte, und drittens, weil es das einzige Gebiet ist, in dem die Amerikaner Jugendliche als Söldner anzuwerben hofften.

Die amerikanischen Militärs hatten offen erklärt: Die Franzosen, Belgier, Holländer, die Italiener und Dänen denken nicht daran, für die amerikanische Rüstungsplutokratie in den Krieg zu ziehen. Deshalb setzte der amerikanische Imperialismus seine ganze Hoffnung auf die Remilitarisierung Westdeutschlands. (...)

Eine starke Friedensbewegung in Westdeutschland, eine Volksbewegung gegen die Remilitarisierung und verantwortungsbewußte Politiker in Westdeutschland, die zusammen mit den Vertretern Ostdeutschlands einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bilden, wären die Voraussetzung für eine Rettung des Friedens in Europa.

Quelle:

Walter Ulbricht: An die Jugend, Verlag Neues Leben, Berlin, 1954, S.200-203

Nachbemerkung: Nach dem Tode Stalins und dem drei Jahre später folgenden XX. Parteitag gewannen in der Sowjetunion revisionistische Kräfte die Oberhand und es begann die allmähliche Demontage der KPdSU, bis schließlich mit Hilfe solcher Vaterlandsverräter wie Gorbatschow und Jelzin die Zerstörung der Sowjetunion vollzogen und eine offene Konterrevolution eingeleitet wurde. Damit wurde die KPdSU als führende und erfahrenste Kommunistische Partei der Welt paralysiert und die Sowjetunion als stabiler Friedensfaktor in der Welt ausgeschaltet.

Es folgten (friedliche) Konterrevolutionen im gesamten sozialistischen Lager. Die bisher sozialistischen Länder fielen dem Imperialismus anheim.

Horst Schneider: Quo vadis Deutschland? Anmerkungen zur „neuen“ deutschen Außenpolitik

Vor fünfzig Jahren veröffentlichte der namhafte Philosoph Karl Jaspers das Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik“ mit dem Untertitel „Tatsachen. Gefahren. Chancen.“ Das Buch löste streitbare Diskussionen aus. Leider ist das Buch aktueller denn je. Welche Tatsachen betrachtet Jaspers als Gefahr?

- 1 - Die Menschheit ist vom Wettrüsten und der Gefahr eines vernichtenden Atomkrieges bedroht.
- 2 - Die Bundesrepublik will wieder Weltmacht werden, was eine Gefahr für den Frieden ist.
- 3 - In der Öffentlichkeit treten „blinde nationalistische und antikommunistische Stimmungen auf.“
- 4 - Es bildet sich eine „Parteienoligarchie“, an deren Ende „der Weg zur Diktatur und der gesteigerten Kriegsgefahr steht.“

Das war 24 Jahre *vor* der „Wiedervereinigung“ genannten Konterrevolution, die eine Ausdehnung der Macht des Imperialismus war.

26 Jahre *nach* der so genannten „Wende“, also der Konterrevolution, verriet Außenminister Steinmeier seinen Zuhörern: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Bei den Fragen, *wie* das geschehen konnte, wer dafür verantwortlich ist und wie die Welt aus dem Dilemma wieder herauskommt, bleibt er wortkarg. Auch die großen Volksvertreter haben kein großes Fragebedürfnis.

DER SPIEGEL (37/2016 S.6) beschrieb die Lage, in der sich die Deutschen befinden: „Deutschland, paradiesisch sicher und wohlhabend, ist von Krisenherden umgeben ... Deutschland wirkt wie gelähmt.“

Der wichtigste „Krisenherd“ sind die deutsch-russischen Beziehungen, die sich im Gefolge der NATO-Ostererweiterung auf dem Tiefpunkt befinden. Wie der SPIEGEL zu dieser gefährvollen Entwicklung beigetragen hat, kann jeder selbst prüfen.

Der konterrevolutionäre Barde Wolf Biermann hat in seiner „Bilanzballade“ kurz vor seinem 80. Geburtstag gedichtet:

*„Das irdische Höllen – Paradies
Ist schön! Und hässlich wird's bleiben:
Schön bunt und blutig ungerecht
Der Mensch wird sich selbst vertreiben*

*Von Mutter Erde: Im letzten Krieg
Hilft keine Vernunft mehr, kein Beten
ein toter Stern wird der Erdball sein
Planeten, nackt unter Planeten.*“ (Literaturspiegel Oktober 2016 S. 10)

Gibt Biermann der Menschheit gar keine Chance, weder der Vernunft noch - in anderen Kreisen - eventuell dem Gebet? Um den „letzten Krieg“ zu vermeiden, den Biermann für unvermeidlich hält, ist es erforderlich, darüber nachzudenken, wie und wann die „Welt aus den Fugen“ geraten ist.

Wer seine Erinnerung nicht verloren hat, kann sich an die Faschingsstimmung, die in Deutschland von November 1989 bis in den Herbst 1990 herrschte, noch gut erinnern: Deutschland sei nur von Freunden umgeben. Im „gemeinsamen Haus Europa“ würde sich jedermann wohlfühlen. Kohl und Gorbatschow bekundeten öffentlich ihre innige Freundschaft.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sollte als Friedensvertrag gelten. Im Artikel 2 des Vertrages wurde festgelegt : „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des Vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das Vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der vereinten Nationen.“ (Außenpolitik S.700f)

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag hat seine besonderen Fallstricke. In der Sterbestunde der DDR durfte sie „gleichberechtigt“ und „souverän“ auftreten, um einen Völkerrechtsbruch zu verschleiern. Nach der UNO-Charta und den Helsinki-Prinzipien sind Staaten und ihre Grenzen unantastbar. Die DDR-Seite gab „Erklärungen“ ab, die keinen Sinn hatten. Der Vertrag war ja ihre Sterbeurkunde.

Warum produziert Deutschland Waffen, wenn sie nicht eingesetzt werden dürfen? Wo bleiben sie? Lösen sie sich in Luft auf?

Die Verfassung, von der die Rede ist, existiert nicht. Es gab bis 1990 in der BRD das provisorische Grundgesetz, das nach Artikel 146 von einer vom Volk gebilligten Verfassung hätte abgelöst werden müssen. Diese Verfassung gibt es bis heute nicht.

Schon ehe der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterschrieben wurde, wurden die Weichen gestellt, die zur heutigen brandgefährlichen Situation führten. Zwar stand die

„Wiedervereinigung“ im Mittelpunkt der internationalen Politik, aber die strategischen Ziele des Imperialismus für Osteuropa, insbesondere der deutschen Ostlandritter, waren lange formuliert und wurden hinter der Nebelwand „europäische Einigung“ schrittweise durchgesetzt. Die bürgerlichen (teilweise faschistischen) Kräfte in den baltischen Staaten, Polen, Tschechien und anderswo erleichterten das Vorgehen der BRD in und mit der EU und der NATO.

Die Schlüsselfrage war 1990 und ist bis heute die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO. Ihre Erweiterung, die vor allem Deutschland wollte und betrieb, ist aus russischer Sicht mehr als nur eine Einkreisung. Wo liegt der Anfang jenes Kurses? Wer trägt die Verantwortung? Waren die Folgen denn nicht absehbar oder waren und sind sie gar gewollt?

Handelnde waren vor allem Gorbatschow und Kohl mit ihren Beratern Teltchik, Rice, Genscher und anderen, die sich allesamt in Büchern geäußert haben. Dickleibigen Dokumenten- und Protokollbänden ergänzen die Erinnerung der damals Handelnden. (Siehe Literaturverzeichnis.)

Horst Teltchik, Kohls Adlatus im entscheidenden Jahr 1990, ist der Überzeugung, dass am Sonntag, 15. Juli 1990, in Moskau die Entscheidung über die NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands im Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl fiel.

Hier Teltchiks Aufzeichnungen: *„Sofort fragt der Kanzler nach, ob Gorbatschow damit einverstanden sei, dass Deutschland mit der Einigung seine volle Souveränität erhalte. Das sei selbstverständlich, erwidert der Präsident. Als wichtigste Frage bezeichnet Gorbatschow die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland in der NATO. De jure sei die Frage klar, de facto heiße das jedoch, dass der Geltungsbereich der NATO nicht auf den gesamten Bereich der Bundesrepublik ausgedehnt werden dürfe. Es müsse eine Übergangsregelung geben. Die NATO müsse jedoch für eine Übergangsperiode berücksichtigen, dass ihr Geltungsbereich nicht auf das Territorium der DDR übertragen werden dürfe, solange dort sowjetische Truppen stationiert seien. Eine solche Entscheidung stelle beide Seiten zufrieden.“* (Teltchik S. 334)

Teltchik notierte, dass dieses Gespräch für Kohl ein unglaublicher Triumph gewesen sei, den er nicht erwartet hatte.

Am nächsten Tag wiederholte sich der Triumph Kohls bei den „Strickjacken“-Gesprächen im Kaukasus. An diesen Gesprächen nahmen von deutscher Seite zehn Delegationsmitglieder, von sowjetischer Seite sieben Begleiter Gorbatschows teil. Das Protokoll (Deutsche Einheit S. 1357) lässt den Schluss zu, dass Kohl vor einem größeren Kreis Gorbatschows Zusagen bestätigt haben wollte.

Größeren Raum nahm nun der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR ein, der in drei bis vier Jahren erfolgen sollte und von der BRD finanziell unterstützt würde.

War sich Gorbatschow der verheerenden Folgen seiner Zusagen bewusst? In seinen „Gipfelgesprächen“ (S.171) vermerkte er: *„Einige unterstellen uns, wir verkauften für Deutsche Mark den Sieg, der doch um einen so hohen Preis, mit solch hohen Opfern errungen wurde. Man darf die Realität nicht vereinfachen, aber wir müssen auch diese Realität sehen.“*

In der Tat hatte Helmut Kohl an Moskau eine hohe Summe „gerade zum rechten Zeitpunkt“ überwiesen. Bei Horst Telschik (S.325) liest sich das so: *„Gorbatschow würdigt die Verbürgung des Fünf-Milliarden-Kredites durch die Bundesregierung. Dieser ‚Schachzug‘ sei im richtigen Moment gekommen.“* Kohls Kreditvergabe ein „Schachzug“? Oder wäre das Bild vom Pokerspiel zutreffender? Was war für Gorbatschow „Realität“? Die berechtigten Vorwürfe?

Aufmerksamkeit verlangt auch die Tatsache, dass in der Presseerklärung über den Kaukasus-Gipfel auf Wunsch Gorbatschows die NATO-Problematik ausgeklammert wurde.

Bestechung und Betrug an den betroffenen Völkern verbanden sich. Die DDR, die zuverlässiger Verbündeter der UdSSR war und um deren Zukunft es vor allem ging, wurde nicht gefragt. Groß-Deutschlands Weg in die NATO war der sicherste Weg in neue Kriege. Der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes der BRD, Rafael Biermann, der sich auch auf sowjetische Quellen stützte, wertete die Kapitulation Gorbatschows in Moskau Mitte Juli 1990 in den folgenden sieben Punkten (Biermann S.693):

„1. Statt einer Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Bündnissen erklärte er sich nun mit der NATO-Mitgliedschaft einverstanden, bei vollem NATO-Schutz für das DDR-Territorium sofort nach der Wiedervereinigung.

2. Statt einer mehrjährigen Übergangsperiode stimmt Gorbatschow nun der Aufgabe der Viermächte-Rechte zum Zeitpunkt der Ratifikation des 2-plus-4-Vertrages zu.

3. Statt eines Abzugs auch der westlichen Streitkräfte von deutschem Territorium fügte sich Gorbatschow in den einseitigen Abzug der Streitkräfte aus der DDR.

4. Statt eines fünf - bis siebenjährigen Abzugs der sowjetischen Streitkräfte versprach er den Abzug in nur drei bis vier Jahren.

5. Statt einer dauerhaften Ausklammerung des Territoriums der DDR gestand Gorbatschow nun die NATO-Integration ganz Deutschlands in drei bis vier Jahren zu.

6. Statt einer Demilitarisierung des DDR-Territoriums ermöglichte Gorbatschow den sofortigen Einzug nationaler deutscher Streitkräfte auf dem DDR-Gebiet nach der Wiedervereinigung.

7. Statt einer Obergrenze für die deutschen Streitkräfte von 300.000 Soldaten oder weniger konnte die Bundeswehr 370.000 Soldaten behalten.“

Von einem neutralen, paktfreien Deutschland war keine Rede mehr. Die DDR, um deren Schicksal es vor allem ging, war ausgeschlossen. Und das, obwohl Kohl und Gorbatschow ständig das Wort Selbstbestimmung strapazierten.

Mit den Entscheidungen in Moskau und im Kaukasus Mitte Juli 1990 waren die Weichen gestellt worden, die den Weg zu deutschen Kriegen ermöglichten. Schon am 22. August 1990, also noch vor der „Wiedervereinigung“, gab es den Vorgeschmack für künftige Fälle. An diesem Tag gab es ein geheimes Telefongespräch zwischen Präsident Bush und Kanzler Kohl. Der Kanzler stimmte dem Krieg der USA gegen Irak „nachdrücklich zu“, erfüllte jedoch Bushs Bitte um deutsche Teilnahme (noch) nicht. Er müsse erst im Bundestag um Zustimmung ringen, aber mit Geld könne er helfen. Es war eine Milliarde. (Deutsche Einheit S.1484f.)

Ich wiederhole: „out of area“–Einsätze waren vom Grundgesetz der BRD verboten, aber Helmut Kohl war auch zu diesem Gesetzesbruch bereit. Hier können nicht alle Bundeswehreinsätze aufgezählt werden - es sind inzwischen siebzehn -, aber an einigen Fakten soll erinnert werden.

Die Aggression gegen Jugoslawien 1999 war die dritte Aggression des deutschen Imperialismus in einem Jahrhundert, weshalb Helmut Kohl anfangs aus „historischen Gründen“ davor gewarnt hatte. Dieser Krieg war wahrscheinlich nur einer rotgrünen Regierung möglich. Es gab für ihn keine völkerrechtliche Grundlage. Das gab Gerhard Schröder später öffentlich zu: „*Da haben wir unsere Flugzeuge nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.*“ (Scharnagel S. 94)

Verteidigungsminister Scharping erfand ein Konzentrationslager. Der Bundestag spielte mit. Kein Staatsanwalt reagierte. Außenminister Fischer begründete die Aggression als Mittel zur Verhinderung eines neuen Auschwitz‘. Hätte Milosevic deutsche Städte bombardieren lassen, wäre er zu Recht als Kriegsverbrecher angeklagt worden, aber er kam ohne Schuld vor Gericht. Die Teilnahme Deutschlands an der Aggression gegen Jugoslawien mit dem Ziel, diesen Staat zu zerschlagen, war ein Kriegsverbrechen, dem weiter folgten.

Der Krieg in Afghanistan hatte einige Besonderheiten. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck erfand die Formel, Deutschland müsse sich am

Hindukusch verteidigen. Wer fragte, wann und wo Afghanistan angegriffen hat? Die BRD-Regierung hatte die Hilfe der Sowjetunion für ein fortschrittliches Regime verurteilt, um selbst dasselbe für ein sowjetfeindliches Regime zu tun. Die USA bedienten sich der Taliban, die das Gebiet um Kundus kontrollieren, in dem der Stützpunkt der Bundeswehr gewesen war. Dort hatte Oberst Klein Zivilisten bombardieren lassen, um anschließend General zu werden. Was hat der Einsatz den Afghanen und den Deutschen gekostet? Anfang Oktober 2016 beschloss die EU ein Rahmenabkommen, wonach Afghanistan gegen weitere fünfzehn Milliarden EU-Gelder Rückkehrer aufnehmen wird.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 haben Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen die neue Doktrin von der weltweiten Verantwortung Deutschlands proklamiert. (Das Parlament 28-29 / 2016 Beilage). Nunmehr spannt sich der Bogen deutscher Militäreinsätze von Mali über Syrien bis Irak. Im gleichen Jahr 2014, als Gauck und Co. die „neue“ Militärdoktrin verkündeten, meldete sich Michael Gorbatschow zu Wort: „Die Welt ist auf der Schwelle zu einem neuen Kalten Krieg.“ Er warf den NATO-Politikern „Triumphalismus“ vor, womit sie das Vertrauen Russlands untergraben hätten.

Streitgegenstand ist die russische Politik gegenüber der Ukraine und der Krim. Der Konflikt ist nur zu verstehen, wenn die Strategie des Westens beachtet wird, wie sie Zbigniew Brzezinski in „Die einzige Weltmacht“ propagierte: „Eurasien“, das die Ukraine einschließt, soll Russland isolieren. Die Ukraine stand vor der Frage, ob sie sich zum Instrument der NATO gegen Russland machen lässt.

Die Krim ist nicht nur seit alters her Bestandteil Russlands, sie ist auch die Hauptbasis für die russische Seekriegsflotte.

Mit der Unterstützung der Deutschen Regierung ist eine NATO-Politik gegenüber Russland in Gang gesetzt worden, von der Paul Craig Roberts sagt: „Durchgeknalltes Washington treibt die Welt in den ultimativen Krieg.“ (Roberts S. 153f.) Die Frage ist, ob nicht auch die Politiker in Berlin „durchgeknallt“ sind, die in der Colditz-Letzlinger Heide eine Geisterstadt mit Moschee bauen lassen, um für Kriegseinsätze „weit hinten in der Türkei“ trainieren zu lassen und Leute wie Ex-Bischof Huber, die den Soldaten im Namen Gottes versichern: *„Ihr könntet euch darauf verlassen. Dieser Staat wird euch nicht missbrauchen. Ihr habt das große Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen.“*

Schließen wir den Kreis und kehren zu Karl Jaspers zurück.

Er schrieb vor fünfzig Jahren: *„Nur mit Schaudern können wir in die Weltsituation blicken. Aber wir sind drin. Sie zu behandeln, als ob sie nicht sei, macht eng und führt*

gewiss ins Verderben. Sie in ihrem Wandel zu sehen und in ihren Möglichkeiten erweckt Hoffnung und fördert den Mut des Eingreifens.“

In einem neuen Krieg würde die Bundesrepublik „als Frontgebiet und Schlachtfeld vielleicht völlig vernichtet werden ... Was können wir zu unserer Sicherheit tun? Eine bedingungslose Friedenspolitik nicht nur durch Worte allein, sondern durch alle Handlungen vertrauenswürdig betreiben.“ (Jaspers S. 253f)

Literatur (Auswahl):

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1994

Baker, James: Drei Jahr, die die Welt veränderten, Berlin 1996

Biermann, Rafael: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Wien/Zürich 1998. Deutsche Außenpolitik 1990/91. Auf dem Weg zur Europäischen Friedensordnung. Eine Dokumentation, Auswärtiges Amt, München 1991

Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1993

Genscher, Hans-Dieter: Berlin 1995

Gorbatschow, Michael: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993

Honecker, Erich: Letzte Aufzeichnungen, Berlin 2012

Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996

Lauterbach, Reinhard: Das lange Sterben der Sowjetunion. Schicksalsjahr 1985 – 1999, Berlin 2016

Krenz, Erich: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen, Wien 1990

Mitterand, Francois: Über Deutschland. Frankfurt a.M. /Leipzig 1996

Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991

Plato, Alexander: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002

Roberts, Paul Craig: Amerikas Krieg gegen die Welt... und gegen seine eigenen Ideale, Rottenburg 2015

Scharnagel, Wilfried: Am Abgrund. Streitschrift für einen andern Umgang mit Russland, Berlin 2015

Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991

Schneider, Horst: Artikel 23. Kein Anschluss unter dieser Nummer, Dresden 2011

Teltschik, Horst: 329 Tage, Innenansichten der Einigung, Berlin 1991

Thatcher, Margaret: The Downing Street Years, London / New York 1993

Tschernjajew, Anatoli: Die letzte Jahre der Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993

Walters, Vernon: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994

Zelikow, Philip /Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997

Bei Zelikow / Rice S. 637f. ist eine umfassende Bibliographie zu finden.

German Foreign Policy: Kriegsgefahr in Ostasien

BERLIN/BEIJING

(Eigener Bericht von GFP) - Die Münchner Sicherheitskonferenz beendete Anfang November ein langfristig angelegtes Strategietreffen in Beijing.

Das aktuelle "Core Group Meeting" der Konferenz, an dem neben Vertretern von Bundesregierung und Bundestag vor allem hochrangige chinesische Amtsträger, aber auch der Vizeverteidigungsminister Vietnams und ein Spitzenfunktionär der NATO teilnehmen, soll strategische Optionen Deutschlands und der EU in Ost- und Südostasien eruieren. Die gestiegene Gefahr eines Krieges zwischen China und den Vereinigten Staaten lasse eine aktivere Einmischung Berlins und Brüssels in der Region als wünschenswert erscheinen, äußert Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.

Tatsächlich sucht die EU aktuell ihre Beziehungen zu dem südostasiatischen Staatenbund ASEAN zu intensivieren; beide Seiten haben dazu Mitte Oktober eine "Bangkok-Erklärung" zur Stärkung ihrer Kooperation auch bei "maritimer Sicherheit"

und im "Krisenmanagement" unterzeichnet. Es gehe darum, ein "Gegengewicht" zu China zu stärken, bestätigen Experten.

Berlin hat zuletzt Außenminister Frank-Walter Steinmeier zum Ausbau der Zusammenarbeit nach Vietnam entsandt; zudem beliefert die Bundesrepublik immer mehr ASEAN-Staaten mit Waffen.

Strategiedebatte in Beijing

Bereits zum zweiten Mal hält die Münchner Sicherheitskonferenz aktuell eines ihrer "Core Group Meetings" in Beijing ab. Bei den "Core Group Meetings" handelt es sich um Veranstaltungen, mit denen die Organisation seit 2009 laut Eigenangaben "einem exklusiven Teilnehmerkreis ... an weltweit wechselnden Orten die Möglichkeit" gibt, "im kleinen Rahmen" mit teils hochrangigen Amtsträgern aus der Region "über wichtige Themen der internationalen Sicherheitspolitik zu diskutieren".

Die Treffen, die die großen Debatten der eigentlichen Sicherheitskonferenz ergänzen und weiterführen, haben bislang in Washington, Moskau, Wien, New Delhi, Doha, Teheran und Addis Abeba stattgefunden; im November 2011 ist zum ersten Mal eines in der chinesischen Hauptstadt abgehalten worden.¹

Für das aktuelle "Core Group Meeting" waren unter anderen Chinas Vizepräsident Li Yuanchao, der stellvertretende chinesische Außenminister Zhang Yesui und die Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Fu Ying, der stellvertretende Verteidigungsminister Vietnams, Generalleutnant Chi Vinh Nguyen, und der stellvertretende Generalsekretär der NATO für neue sicherheitspolitische Herausforderungen, Sorin Ducaru, angekündigt.

Deutschland war mit dem Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Markus Ederer, mit dem Airbus-Vorstandsvorsitzenden Thomas Enders und mit mehreren Bundestagsabgeordneten sowie weiteren Politikern vertreten.

Die Weltordnung

Die Begründung für die Wahl Beijings als Treffpunkt der aktuellen "Core Group"-Diskussion hat Ischinger geliefert, einer der erfahrensten deutschen Diplomaten. Die Volksrepublik, wirtschaftlich erstarkt, entfalte in jüngster Zeit umfassende außenpolitische Aktivitäten, stellt Ischinger fest: Sie baue "vermehrt eigene Institutionen" auf, die - wie etwa die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) - in Konkurrenz zu den Weltinstitutionen der westlichen Hegemonie stünden; sie habe mit

¹ Über die MSC Core Group Meetings: www.securityconference.de.

der "Neuen Seidenstraße" (german-foreign-policy.com berichtete²) "ein gigantisches Infrastrukturvorhaben aufgelegt, das Chinas Präsenz und Einfluss in weiten Teilen Asiens und Afrikas, im Pazifik und im Indischen Ozean, bis hin nach Europa, deutlich vergrößern" werde; und sie beteilige sich zudem "aktiver, wenn auch bislang oft noch selektiv", an "internationalen Krisenbewältigungsversuchen".³[3]

"Weitreichende Folgen für die internationale Ordnung sind absehbar", resümiert Ischinger: "Nichts kann die Weltordnung so sehr verändern wie Chinas Ambitionen und Chinas wachsendes politisches und ökonomisches Gewicht."

Mit Blick darauf, dass Beijings wachsender Einfluss dem Hegemonialanspruch der westlichen Mächte entgegensteht, fügt der Diplomat hinzu: "Nichts wäre in seinen globalen Auswirkungen so fatal und so disruptiv wie ein militärischer Konflikt im pazifischen Raum." Zwar sei ein Krieg "zwischen den USA und China" oder "zwischen China und seinen Nachbarn ... keineswegs ... unausweichlich"; doch sei die Kriegsgefahr "in der Region ... größer geworden".

Gegengewicht zu China

Angesichts der zunehmenden Spannungen könnten Berlin und die EU nicht untätig bleiben, urteilt Ischinger. Es sei deshalb wichtig "zu definieren, was eine europäische Ostasienpolitik sinnvollerweise leisten kann bzw. leisten sollte".⁴

Bisher habe in der EU "eine auf Wirtschaftsfragen konzentrierte rein bilaterale Chinapolitik" dominiert; erst die im Juni öffentlich vorgestellte "EU Global Strategy" kündige nun "eine ausgewogenere Asienpolitik an, die größere praktische Beiträge zur Sicherheit in Asien leisten soll".

Worauf die "ausgewogenere Asienpolitik" zielt, lässt die "Bangkok-Erklärung" zu "gemeinsamen strategischen Zielen" erkennen, die die EU und der südostasiatische Staatenbund ASEAN⁵ am 14. Oktober in der Hauptstadt Thailands unterzeichnet haben. ASEAN gehören Staaten an, die - wie Vietnam - Territorialstreitigkeiten mit

² Siehe dazu Die Neue Seidenstraße (I) und Die Neue Seidenstraße (II).

³ Wolfgang Ischinger: Monthly Mind Oktober 2016: "Chinas Ambitionen verändern die Weltordnung". www.securityconference.de 30.10.2016.

⁴ ebenda

⁵ ASEAN gehören Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam an.

China austragen oder die - wie Thailand - traditionell in Opposition zur Volksrepublik stehen.

Die "Bangkok-Erklärung" sieht nun vor, dass nicht nur die Wirtschaftskooperation zwischen ASEAN und der EU ausgebaut werden soll, sondern auch "der politische und der Sicherheits-Dialog"; vor allem werde man bei "maritimer Sicherheit", bei "Terrorbekämpfung" und "Krisenmanagement" enger zusammenarbeiten, heißt es in dem Dokument.⁶

Ein Experte vom Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin urteilt: "In Zeiten steigender diplomatischer Spannungen im Südchinesischen Meer versucht die EU, ASEAN als regionales Gegengewicht zu China zu stützen."⁷[7]

Steinmeier in Vietnam

Dies gilt nicht nur für die EU, sondern - auf nationaler Ebene - auch für Deutschland.

Zuletzt hat dies die Vietnam-Reise von Außenminister Frank-Walter Steinmeier gezeigt. Als das "Core Group Meeting" der Münchner Sicherheitskonferenz in Beijing begann - an ihm teilnehmen sollte auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der sich nach der Konferenz zu spannungsreichen Wirtschaftsgesprächen in China aufhielt -, da kehrte Steinmeier gerade aus Vietnam nach Deutschland heim.

Zuvor hatte er an der Rechtshochschule in Hanoi einen Studiengang "Deutsches und europäisches Recht" eröffnet und in Ho-Chi-Minh-Stadt am Richtfest für ein "Deutsches Haus" teilgenommen, das Mitte 2017 fertiggestellt werden und wichtige Institutionen der deutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik beherbergen soll, darunter das deutsche Generalkonsulat.

Es gehe darum, die Beziehungen zu Vietnam zu vertiefen - "wirtschaftlich, politisch und kulturell", teilt das Auswärtige Amt mit. Steinmeier habe bei seinem Besuch beobachten können, heißt es weiter, "wie kräftig Investitionen und Handel zwischen den beiden Ländern wachsen".⁸ Einen erheblichen Aufschwung erhoffen sich

⁶ Bangkok Declaration on Promoting an ASEAN-EU Global Partnership for Shared Strategic Goals. eeas.europa.eu 14.10.2016.

⁷ Bertram Lang: EU struggles to build up ASEAN as a counterweight to China. blog.merics.org 26.10.2016.

⁸ Steinmeier in Vietnam: Strategischer Partner und aufstrebende Wirtschaftsmacht. www.auswaertiges-amt.de 02.11.2016.

Wirtschaftskreise von dem Ende 2015 unterzeichneten, derzeit im Ratifizierungsprozess befindlichen Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam.

Aufrüstung gegen Beijing

Dass Berlin nicht nur die ökonomische, sondern auch die militärpolitische Zusammenarbeit mit ASEAN voranzutreiben sucht, hat zuletzt der Ende Oktober verabschiedete Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2016 bestätigt.

Schon seit Jahren gehören die ASEAN-Mitglieder Indonesien und Singapur, zeitweise auch Brunei, zu den wichtigsten Käufern deutscher Rüstungsgüter.⁹ In den ersten sechs Monaten dieses Jahres kamen die ASEAN-Länder Thailand und Malaysia neu hinzu.

Malaysia importierte Kriegsgerät für insgesamt fast 57 Millionen Euro, darunter Materialpakete für Küstenwachboote, Teile für U-Boote, Minensucher und Kampfschiffe sowie Unterwasserortungsgeräte.

Thailand kaufte Militärwaren im Wert von mehr als 59 Millionen Euro, darunter Hubschrauber und Teile für Kampfflugzeuge. Die Rüstungsexporte nach Thailand sind besonders bemerkenswert, da dort eine Militärdiktatur herrscht, die jegliche Opposition blutig unterdrückt. Die Hoffnung, das Regime in Bangkok gegen Beijing in Stellung bringen zu können, lässt in Berlin jegliche Rücksichtnahme auf demokratische Prinzipien schwinden.

German foreign policy

⁹ S. dazu Der Zweck der Rüstungsexporte und Die Rüstungsoffensive des Westens.

Zur Desinformationspolitik der Massenmedien

***Ständige Publikumskonferenz / RT Deutsch (Dokumentation):* Programmbeschwerde – Propaganda im Kinderprogramm des Deutschlandfunks**

In der Kindersendung "Kakadu" des Deutschlandradios überraschte Korrespondent Marcus Pindur vor einiger Zeit mit extrem vereinfachten Erklärmustern zu den Kriegen in Syrien, der Ukraine und den Spannungen zwischen Ost und West.

Der Ständigen Publikumskonferenz war der Einspieler eine Programmbeschwerde wert. RT Deutsch präsentiert diese im Wortlaut. Wir haben sie von dort dankend übernommen. (D.Red.)

Sehr geehrter Herr Dr. Steul,

am 19.10.2016 wurden in der Kindersendung Kakadu (Deutschlandfunk Kultur) durch den Korrespondenten Marcus Pindur äußerst fragwürdige und wahrheitswidrige Thesen aufgestellt, die dazu geeignet sind, Kinder und Heranwachsende auf unzulässige Weise politisch zu indoktrinieren und damit ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu beeinträchtigen.

Kindersendungen haben in der Regel erziehungspsychologische Standards zu beachten. Das schließt ein, dass auf Propaganda und grenzwertige Informationen verzichtet wird, deren Inhalte Ängste erzeugen sowie zu seelischen und körperlichen Schäden bei Kindern und Minderjährigen beitragen können.

Marcus Pindur bringt die „besondere Leistung“ zustande, die kleinen Hörer in jedem einzelnen Satz seines Vortrages mit Lügen, Verdrehungen und unvollständigen Information zu konfrontieren sowie Ursachen und Wirkung der angesprochenen Konflikte völlig auf den Kopf zu stellen:

„[...] Der russische Präsident Putin führt derzeit zwei Kriege. Einen in der Ukraine und einen in Syrien. Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande wollen Putin dazu bewegen mit beiden Kriegen aufzuhören. Das wird wahrscheinlich nicht funktionieren, weil Putin sich nicht an internationale Regeln hält. Er ist der Ansicht, dass er den russischen Einfluss in der Welt vergrößern muss und das auch mit Krieg. Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Hollande haben

mehrfach gesagt, dass Putin in Syrien schwere Menschenrechtsverletzungen begeht. Die russische Luftwaffe bombardiert Krankenhäuser und Hilfskonvois der Vereinten Nationen. Deshalb fliehen viele Syrer mit ihren Familien nach Deutschland. Auch in der Ukraine kämpfen trotz eines Abkommens russische Soldaten. Wie man Putin davon abhalten kann, ist aber nicht klar. Man könnte ihn unter Druck setzen, in dem man Russland bestimmte Waren nicht mehr verkauft. Das nennt man Sanktionen. Aber dafür müssten sich alle Europäer einig sein und das sind sie zurzeit nicht.“

Wir werden, um Redundanzen zu vermeiden, die einzelnen Passagen nicht auseinandernehmen und mit Ihnen diskutieren.

Sie als Intendant wissen genau wie und aus welchen Gründen die Konflikte in der Ukraine und in Syrien begannen und wie sich entwickelten. Wir und die Mehrheit der Rezipienten wissen das auch. Selbst ein Marcus Pindur sollte, wenn er sich Journalist nennt und für einen öffentlich-rechtlichen Sender tätig sein darf, hinsichtlich diverser Sachverhalte im Bilde sein und auf seine Märchenstunden verzichten.

Erwachsene sind in der Lage, sich durch Erinnerungen, Recherche, Reflexion oder logische Einordnung von historischen Begebenheiten und/oder geopolitischer Interessenlagen vor Medienpropaganda zu schützen und eigene Schlüsse zu ziehen. Kinder in der Zielgruppe von 6 – 12 Jahren sind es (noch) nicht.

Daher sollte es einem öffentlich-rechtlichen Radiosender ein besonderes Anliegen sein, Kindersendungen so zu gestalten, dass sie sowohl ethisch-moralischen Standards genügen als auch Faktenchecks standhalten.

Herausragendstes Merkmal von Propaganda ist neben der interessengeleiteten Intention die vehemente Einseitigkeit in der Darstellung von Konflikten und politischen Zusammenhängen. Niemals käme wohl ein Korrespondent des Deutschlandfunks (oder anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten) auf die Idee, Kriege der NATO-Staaten in dieser Weise in einer Kindersendung zu thematisieren oder gar zu personifizieren auf Hollande, Obama, Blair, Clinton oder andere aktuell und in der Vergangenheit an völkerrechtswidrigen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen beteiligten westlichen Staatschefs. Darin liegt die Absurdität und das Dilemma der angeblich unabhängigen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Medienanstalten in Deutschland.

Klare Worte für diese Verfehlung einer dem Gemeinwohl verpflichteten Sendeanstalt fand auch der freie Publizist Ulrich Teusch anlässlich einer Buchvorstellung am 21. Oktober 2016 im Mainforum der IG Metall.

Die Bundeszentrale für politische Bildung führt in einem Artikel aus:

„(...) Charakteristisch für Propaganda ist, dass sie die verschiedenen Seiten einer Thematik nicht darlegt und Meinung und Information vermischt. Wer Propaganda betreibt, möchte nicht diskutieren und mit Argumenten überzeugen, sondern mit allen Tricks die Emotionen und das Verhalten der Menschen beeinflussen, beispielsweise, indem er diese ängstigt, wütend macht oder ihnen Verheißungen ausspricht. Propaganda nimmt dem Menschen das Denken ab und gibt ihm stattdessen das Gefühl, mit der übernommenen Meinung richtig zu liegen. Hier zeigt sich der große Unterschied etwa zur journalistischen Information: Journalisten betreiben Aufklärung, indem sie alle verfügbaren Fakten und Hintergründe darlegen und die Menschen selbst entscheiden lassen, was richtig und was falsch ist. (...)“

Da Kinder im Alter von 6 – 12 Jahren noch nicht entscheiden können was richtig oder falsch ist, obliegt es Elternhaus und Pädagogen, durch humanistische Erziehung und Bildung die Fähigkeit zu fördern, Propaganda zu durchschauen und Kinder und Heranwachsende zu emanzipierten, empathischen und solidarischen Persönlichkeiten zu erziehen.

Die Beteiligung interessengeleiteter Medien an diesem wichtigen Prozess ist eher kontraproduktiv, wenn sie in der beanstandeten Form erfolgt.

Wir bitten nachdrücklich um eine entsprechende Korrektur des Beitrages, die den Erfordernissen an eine wahrheitsgemäße und sachliche Einordnung weltpolitischer Geschehens laut Deutschlandradio-Staatsvertrag entspricht.

Aufgabe öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist es nicht, an der Aufrechterhaltung von Narrativen und Feindbildern mitzuwirken, sondern durch ausgewogene, unparteiische, objektive und wahrheitsgemäße Berichterstattung den gesetzlichen Auftrag u.a. in Bezug auf seriöse Information und freie Meinungsbildung der Bevölkerung umzusetzen sowie der gesamtgesellschaftlichen Integration in Frieden und Freiheit und der Verständigung unter den Völkern zu dienen und auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinzuwirken - insbesondere dann, wenn es um die Information von Kindern und Heranwachsenden geht.

Aus Transparenzgründen werden wir diese Programmbeschwerde sowie die Antwort der Programmverantwortlichen auf der Webseite des Vereins veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Maren Müller

Vorsitzende

Brigitte Queck, Vorsitzende der Vereinigung „Mütter gegen Krieg Berlin-Brandenburg“: *Offener Brief an das ARD-Fernsehen*

Hiermit möchte ich Ihnen, auch im Namen unserer Vereinigung, einige Fragen stellen:

-Warum wurde von Ihnen nichts über die Friedensdemos am 8.10.2016 mit ca. 10 000 Demonstranten in Berlin berichtet?

-Warum wurde von Ihnen absolut nichts über den Inhalt des Treffens von A. Merkel , W. Putin, F. Hollande bzw. P.Poroschenko am 19.10.2016 im Bundeskanzleramt und die Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude berichtet?

- Warum hört man nichts von Ihnen über die vom Europaparlament versprochenen Untersuchungen der Schüsse auf dem Maidan, sowohl gegen Polizisten, als auch Demonstranten durch die gleichen Personen?

-Warum beleuchten Sie nicht genauer das Massaker vom 2. Mai 2014 in Odessa, bei dem offiziell 48, in Wirklichkeit fast 200 Tote, zu verzeichnen waren?

-Warum beleuchten Sie nicht die Tatsache, dass ca. 100 der Überlebenden dieses Massakers noch in Gefängnissen schmachten und gefoltert werden (siehe dem Europaparlament vorgelegte Fotos durch den Juristen von Odessa, der diese Opfer vertritt) , während die Täter, die die durch die brennenden Fenster Springenden am 2. Mai 2014 unten geschlagen, ja, totgeschlagen haben, heute im Odessaer Stadtparlament und im Kiewer Parlament sitzen?

-Warum sprechen Sie nicht offen über Minsk 2, das sowohl Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine unterschrieben haben und das den Volksrepubliken im Osten der Ukraine, gegen die die faschistoide Regierung mit Unterstützung von Nato-Einheiten militärisch vorgeht, eine Art Föderation unter dem Dach der Ukraine anbietet, wofür nur eine kleine Verfassungsänderung im Kiewer Parlament nötig wäre?

- Warum wird in den ARD-Nachrichten nie erwähnt, dass auch der Krieg in Syrien von solchen Gruppierungen wie „Otpor“, als Vorposten für US/NATO-Aggressionskriege, vorbereitet wurde? Vgl. Beitrag Kairo-Göttingen-Belgrad von Pedram Shahyar in der Zeitung „Freitag am 20.5.2016

-Warum wird von Ihnen verschwiegen, wer die gegenwärtige humanitäre Notsituation in Syrien hervorgebracht hat? Doch wohl die USA seit 1979 und die EU, die seit 2011

Sanktionen als Strafmaßnahmen über dieses Land verhängen und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens des Landes zu verantworten haben!

-Warum wird von ihnen verschwiegen, dass es die USA, Großbritannien und Frankreich waren, die im Jahre 2014/2015 als erste Aleppo und andere syrische Städte bombardierten, um diesen zu „helfen“, weil der syrische Präsident angeblich das eigene Volk (das ihn mit 87,3 % gewählt hat!) drangsaliert?

-Warum wird von Ihnen verschwiegen, dass die russische Regierung erst nach diesen Bombardements westlicher Staaten auf der Grundlage des Art.51 der UNO-Charta von Assad gebeten wurde, Syrien zu helfen?

-Warum wird von Ihnen verschwiegen, dass das militärische Eingreifen Russlands in Syrien, auch auf der Grundlage der UN-Anti-Terror-Resolution vom 20.11.20, die einstimmig von 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates angenommen wurde, militärisch gegen die ISIS vorzugehen, erfolgte?

-Warum wird von Ihnen verschwiegen, dass nach dem militärischen Eingreifen Russlands in Syrien zwei Millionen syrischer Flüchtlinge aus den Nachbarländern wieder nach Syrien zurückkehren konnten?

Auf all diese und viele andere Fragen zu antworten wären von einem seriösen Fernsehen zu erwarten, für das wir Beiträge bezahlen!

23.10.2016, Brigitte Queck

Zur Geschichte des Sozialismus

Torsten Schowitz: Warum scheiterten 1989 alle Staaten gleichzeitig? Abschrift des KI-Videos.

1989 ist der Beweis angetreten worden, dass, wenn kommunistische oder Arbeiterparteien, die für die sozialistische Entwicklung in ihren Ländern kämpfen, auch nur einzelne Grundsätze über Bord werfen, werden sie schlussendlich mit ihrer Sache scheitern. Genau das ist 1989, 1992 passiert, egal, welches sozialistische Land, das zum sozialistischen Weltsystem gehört hat, man betrachtet.

Grundprinzipien sind dort über einen längeren Zeitraum über Bord geworfen worden, teilweise durch Thesen des modernen Revisionismus ersetzt worden. Nun werden einige Zuschauer bzw. Leser fragen: „moderner Revisionismus“, was soll das sein? Da kann ich nur darauf verweisen, dass es dazu sehr, sehr gute Literatur von Kurt Gossweiler gibt. Man sollte einfach mal gucken, ob man da was im Internet findet, sich die Bücher bestellen, denn dort ist es am komplexesten dargestellt und interpretiert.

Wenn ich jetzt anfangen würde, würde die Zeit überhaupt nicht ausreichen. Deshalb nur ein paar kurze Bemerkungen zum modernen Revisionismus: Ein Merkmal, was in den 80er Jahren besonders diskutiert wurde, war die These von der Möglichkeit der sozialistischen Marktwirtschaft. Die Genossen, die solchen Auffassungen nachgelaufen sind, haben natürlich die objektiven Gesetze des Kapitalismus, wie sie im „Kapital“ von Marx niedergeschrieben worden sind, völlig negiert.

Aber natürlich war das ein schleichender Prozess, er ist vielleicht nicht sofort aufgefallen. Aber wenn man sich eingehender mit den Veränderungen auch in der DDR beschäftigt, wird man merken, dass in allerhöchsten Kreisen der Partei und des Staates es mehr und mehr Vertreter dieser These gab und das hat uns letztendlich mit der Politik, die daraus gemacht wurde, das Genick gebrochen.

Ein Zweites war das Negieren des Klassenkampfes, das heißt es wurde nicht mehr konsequent die Geschichte der einzelnen sozialistischen Länder vom Standpunkt der eigenen Klasse, also vom Standpunkt der Arbeiterklasse her betrachtet, sondern es wurde auf bürgerliche Thesen verwiesen, und das geht natürlich nicht, denn das geht schief.

Dafür ist unsere wissenschaftliche Weltanschauung da, dass man sie konsequent anwendet – und wenn man das nicht tut, wenn man in einzelnen Punkten nachlässt, wird man irgendwann im bürgerlichen Sumpf enden. Und das ist 1989 passiert.

Vielleicht ein paar Details, die man bei dieser ganzen Sache als Vorgeschichte natürlich wissen muss. Mir war auch nicht alles bewusst, das gebe ich gerne zu. Aber ein Hinweis: 1999 hat der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Gorbatschow, in Ankara an der Universität ein Interview gegeben und hat gesagt, dass das, was passiert ist 1989 bis 1992 ein lange vorbereiteter Plan gewesen ist. Also, das stammt nicht von mir, das muss ich dazu sagen, er hat das gesagt. Und er hat dafür Freunde gefunden, er hat dabei die Namen Schewardnadse und Jakowlew genannt, das muss ich hinnehmen und anerkennen, sonst würde ich ahistorisch arbeiten. Er hat auch Vertreter in der DDR gefunden.

Seine These war, die Sozialdemokratie wäre die richtige Linie. Allerdings ging er da sehr schön einem geheimen CIA-Programm auf den Leim, das sehr gut beschrieben

wurde in dem Buch von Frances Stonor Saunders „Wer die Zeche zahlt“, empfehle ich auch unbedingt.

Sozialdemokratie als Waffe in Form eines geheimen Kulturprogramms, wie Frances das in ihrem Vorwort beschreibt, dass es eigentlich so gut wie keinen Intellektuellen, Künstler, Maler et.cpp. in der westlichen Welt gab, der nicht in irgendeiner Art und Weise mit diesem geheimen Kulturprogramm in Verbindung stand.

Und natürlich hatte das Auswirkungen auf die sozialistischen Länder. Wir haben ja nicht im luftleeren Raum gelebt. Die Intellektuellen, die Künstler – egal auf welchem Gebiet – man hat sich ja ausgetauscht. Und ich möchte sagen, dass das ein Einfalltor für den modernen Revisionismus gewesen ist.

Und dann gab es natürlich Verrat. Wir hatten im Herbst 1989 einen Parteiputsch. Eine elitäre Clique hat sich an die Spitze der SED geputscht, hat ihr programmatisch einen völlig anderen Sinn gegeben und hat im Hintergrund natürlich mit den „Bürgerbewegten“, egal, wie man sie nennen will, die Einheit Deutschlands vorbereitet, aber die war kapitalistisch geplant, nicht sozialistisch.

Das Schlimme ist: es wurden 17 Millionen Menschen dabei entschädigungslos enteignet, eine schöne Summe, die sich einige Wenige dabei in die Tasche gesteckt haben. Wer leer dabei ausgegangen ist, ist natürlich das gesamte Volk der ehemaligen DDR gewesen, und wer heute dafür bezahlen muss? Alle! Die gesamte Arbeiterklasse. Nutznießer sind weiter die Herren des großen Geldes, das ist ganz klar.

Man fragt oft, was damals eigentlich der ausschlaggebende Punkt gewesen ist, ob es dieser Putsch einer Elite gewesen ist oder der Volkszorn auf der Straße das System hinweggefegt hat. Ich weiß, dass die allgemeine Auffassung davon ausgeht, dass die zweite Aussage genau die richtige wäre.

Aber ich habe mich seit 1989/90 über 25 Jahre lang mit diesem Thema beschäftigt, sehr viel Literatur gelesen und bilde mir ein, dort relativ weit schon gekommen zu sein bei der Antwort auf die Frage, wie die Zusammenhänge von 1989 waren. Für mich ist es ganz klar: Es war ein Putsch einer elitären Gruppe innerhalb der SED, die dann natürlich organisiert haben – in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie der Bundesrepublik – dass die deutsche Einheit auf kapitalistischem Weg funktioniert.

Erich Honecker hat in seinem Buch „Moabiter Notizen“ drei Namen genannt, er hat gesagt, dass zu dieser Gruppe auf jeden Fall Hans Modrow gehörte, Gregor Gysi und Markus Wolf. Dadurch ist auch zu erklären, warum das Ministerium für Staatssicherheit zu diesem Zeitpunkt relativ paralysiert war, also seiner Funktion, die Sicherheit des Staates zu garantieren, nicht gerecht werden konnte.

Es ist nach der Konterrevolution 1989 sehr, sehr viel, noch geschrieben worden, viele Details kamen ans Licht, konspirative Treffen, die stattgefunden haben, wo man auch vereinbart hat, auch von den gerade Genannten, dass man das Ministerium für Staatssicherheit als Buhmann der Masse präsentiert und dann eine Riesen-Schlamm Schlacht losgetreten wurde. Des weiteren hat man als Person ausgemacht Alexander Schalck-Golodkowski, der sollte seinen Kopf hinhalten, er hat es aber vorgezogen, sich eher in Sicherheit zu bringen, auch wenn ich nicht gerade begrüße, dass er in die Bundesrepublik geflohen ist und sich dem BND offenbart hat, aber es liegt für mich eine gewisse Logik darin, ich kann das nachvollziehen.

Wenn man über die Konterrevolution 1989 spricht, wird man Hinweise finden, die man irgendwie einordnen muss, dass wohl Teile des Ministeriums für Staatssicherheit eindeutig konterrevolutionär waren, also schon mit zur Opposition gehört haben. Ich nehme dabei aus den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke.

Es ist ein Fakt, dass gerade bei diesem Bürgerbewegten, die sich dann organisiert haben, Personen dabei gewesen sind, die man ganz eindeutig als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit identifiziert hat. Ich nenne da zum einen: Demokratischer Aufbruch, Wolfgang Schnur, interessanter Weise einer der Initiatoren der großen Massenbewegung 1989/90, auf der anderen Seite die Widergründung der SPD durch Ibrahim Böhme, IM.

Was soll ich sagen, natürlich sollten die Genossen, die damals gewirkt haben, sich fragen, was das für eine Demokratie sein soll, die man konspirativ und mit Hilfe von geheimdienstlichen Mitteln neu, als Alternative zum sozialistischen System, kreieren will?

Und da fällt mir nicht viel ein außer der Einschätzung, es war, ist und bleibt eine Konterrevolution, um die Errungenschaften, die die Arbeiterklasse mit ihren natürlichen Verbündeten über 40 Jahre aufgebaut hat, ihr streitig zu machen und wieder in private Hand zu überführen. Das war Sinn und Zweck der Sache.

Dabei wurde die Verfassung absolut missachtet. Es sind Verfassungsbrecher, es sind Hochverräter, wenn man es am Schluss sieht. Sie haben nicht nur gegen Programm und Statut der SED gehandelt, sondern sie haben auch die Verfassung gebrochen.

Auch, als die Regierung Lothar de Maiziere drankam, bestand die Verfassung immer noch. Was haben sie gemacht? Sie haben sie ignoriert. Was wird in anderen Ländern mit Leuten, die die Verfassung brechen, gemacht? Ich würde sagen, in einigen Ländern würden sie an die Wand gestellt. Nun bin ich nicht derjenige, der die Todesstrafe fordert, aber ich würde sagen, dass sie ihrer gerechten Strafe zugeführt werden müssten.

Sie haben das Volk enteignet, das liegt klar auf der Hand. Mich ärgert das sehr, dass das heute ganz wenig diskutiert wird.

Dazu muss man ja noch ein Wort über die Verfassung sagen. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist die erste Verfassung in der deutschen Geschichte, die durch einen Volksentscheid, durch das Subjekt selber, durch das Volk, gewählt und bestimmt wurde.

Und das Grundgesetz, von dem heute immer gesagt wird, das ist die Verfassung der Bundesrepublik? Na, wo es herkommt, ist klar: aus den USA. Da ist mit ein paar Juristen noch diskutiert worden, dann aber ist es durchgepeitscht worden, aber doch nicht im Interesse des deutschen Volkes oder der Hauptkraft des deutschen Volkes, der Arbeiterklasse. Nein, gegen sie, ganz eindeutig.

Das Video ist anzusehen bei: <https://youtu.be/nsILN0iBShA>

Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba

Dieser Artikel besteht aus zwei Teilen.

Erster Teil: a) allgemeine theoretische Grundlagen; b) konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion ab 1953.

Zweiter Teil: a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der cubanischen Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung der vorher dargestellten theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen; b) exemplarische Analyse der Berichterstattung über den cubanischen Reformprozess; c) Fazit.

In diesem Heft erscheint der erste Teil, in der Januar-Februar-Ausgabe der offen-siv wird der zweite Teil erscheinen.

Erster Teil

a)- Allgemeine theoretische Grundlagen

Sozialistische Wirtschaft muss das Elend des Imperialismus, also das Elend des Kapitalismus aufheben, das da heißt: Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; Degradierung der Mehrheit der Menschen zu Verkäufern ihrer Arbeitskraft, und da diese ja nicht unabhängig vom Menschen existiert, in gewisser Weise zu Verkäufern ihrer selbst; Entfremdung des Menschen von seinen

menschlichen und gesellschaftlichen Potenzen; imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrzahl der Länder dieser Welt; imperialistische Konkurrenz zwischen den Zentren; imperialistische Kriege zur Niederhaltung der unterdrückten Länder bzw. zwecks Neuaufteilung der Welt zwischen den Zentren; Herrschaftssysteme wie Polizeistaat, Militärdiktatur, Faschismus; Resultat: Hunger, Elend, Flucht, Vertreibung und millionenfaches Sterben – sowohl durch Unterentwicklung als auch durch die Gräueltaten der Kriege.

Aufzuheben ist dieses Elend nur durch die Aufhebung des Kapitalismus, also des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, denn es gibt keinen „menschlichen“ Kapitalismus, es kann ihn nicht geben, weil ihm Ausbeutung und Krieg wesenseigen sind. Die Aufhebung des Kapitalismus bedingt die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entfällt die Grundlage der Warenproduktion, die dem Privateigentum an den Produktionsmitteln innewohnende idiotische Produktionsform, dass Güter für die Gesellschaft privat produziert werden und erst auf dem Markt beweisen müssen, dass sie gesellschaftlich notwendige Güter, also Waren sind. Das bedeutet, dass sie für den Produzenten nichts als Werträger sind, denn der Produzent will weder gesellschaftlich nützlich sein noch ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, sondern nur Geld verdienen. Der Gebrauchswert interessiert ihn nur als notwendiges Übel. Und das bedeutet weiterhin, dass eine Ware immer Gebrauchswert für andere ist – andere, die nicht etwa als bedürftige Menschen, sondern ausschließlich als zahlungsfähige Nachfrage betrachtet werden.

Wie schon erwähnt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Ursache für diesen Irrsinn. Direkte und ohne diese inneren Widersprüche auskommend kann man gesellschaftlich notwendige Gebrauchswerte nur auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln herstellen.

Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln heißt also Aufhebung der Warenproduktion als gesellschaftlich bestimmende Produktionsform. Und das heißt, dass die Geltung des Wertgesetzes abgelöst wird durch die Rationalität einer gesellschaftlichen Planung. Die gesellschaftliche Planung bezieht sich auf die Produktion der notwendigen Gebrauchswerte und ist, weil sie gesellschaftlich sein muss und nicht privat sein kann, eine zentrale Planung.

Karl Marx dazu:

*„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als **Wert** dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz*

zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“¹⁰

Und durch Erfahrungen spezifiziert führt J. W. Stalin zu diesem Thema aus, „*dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann. (...)*

Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, (...) Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwindet auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.

Völlig falsch ist auch die Behauptung, dass in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werde, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe überführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszeigen reguliert.

Es ist offenkundlich, dass wir, wollten wir in die Fußstapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müssten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln loszusagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu

¹⁰ Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei; auch als „Kritik des Gothaer Programms“ bekannt.

gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.“¹¹

Soweit Stalin zur Wirkung bzw. Nicht-Wirkung des Wertgesetzes in der Sowjetunion. Auch zur Frage der volkswirtschaftlichen Rentabilität und vor allem dazu, wie sie sich zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität verhält, finden wir bei Stalin Erhellendes:

„Manche Genossen ziehen den Schluss, dass das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufheben. Das ist völlig falsch. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 12 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene, außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.“¹²

Also nochmal: Planwirtschaft ist Volkswirtschaft versus Betriebswirtschaft, es zählt nicht die Rentabilität des einzelnen Betriebes, sondern die Rentabilität und der Nutzen der gesamten Volkswirtschaft.

Und zwei weitere Gesichtspunkte: Die zentrale Planwirtschaft bringt zwei welthistorisch völlig neue Umstände mit sich:

- Das ist einerseits die Tatsache, dass die Wirtschaft, natürlich unter Berücksichtigung der grundlegenden ökonomischen Gesetze des Verhältnisses von Grund- und Schwerindustrie zu Leicht- und Konsumgüterindustrie, der Ressourcenplanung usw., dem menschlichen Willen zugänglich wird, also nicht mehr von einem anonymen, über den Dingen stehenden Gesetz, dem Wertgesetz, bestimmt wird. Zum Beispiel ist es in der Planwirtschaft möglich, den schnellen Aufbau neuer Industrien durch einen

¹¹ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin-Werke Band 15

¹² ebenda

Ressourcentransfer aus den vorhandenen zu gewährleisten oder beispielsweise die Art der Verkehrspolitik, der Energiepolitik, des Ackerbaus, des Gesundheitswesens usw. nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten zu bestimmen, weil sie nicht mehr dem Privateigentum und dem damit verbundenen privaten Gewinnstreben unterliegen.

- Und das ist zweitens die Tatsache, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung Demokratie setzt, denn ohne die Mitwirkung des Volkes ist ein Plan eine abgehobene, volksferne Sache. Diese Demokratie ist tatsächliche Demokratie, denn die Menschen entscheiden nicht *nach* der Produktion, welche Ware sie kaufen, bleiben also im unmündigen Konsumentenstatus verhaftet, sondern sie entscheiden *vor* der Produktion, zu welchem Zweck mit welchem Aufwand für welchen Nutzen was produziert wird, sie entscheiden also über ihr eigenes Schicksal selbst, werden die Produzenten ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Zukunft. Das ist ein welthistorisches Novum.

Im Aufbau der Sowjetunion haben die Bolschewiki diese Einsichten beherzigt, ein Aufbau, der natürlich nicht von heute auf morgen möglich war, sondern nur im Prozess, allerdings in einem Prozess, in dem in einem Zehntel der Zeit, die der Kapitalismus für diese Entwicklung gebraucht hatte, ein hoch industrialisiertes Land entstanden war, welches dem Angriff des deutschen Imperialismus in Gestalt des Hitlerfaschismus widerstehen und den Sieg im Zweiten Weltkrieg erringen konnte. Ebenso verlief der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg: 1950 übertraf das Niveau der Industrieproduktion schon jenes von 1940.

Aber 1953 wurde Chruschtschow Erster Sekretär - auf welchem Wege, wollen wir hier nicht erörtern - und mit ihm gewann der Revisionismus rasant an Einfluss.

b)- Konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953

Es gab sofort nach Chruschtschows Amtsantritt ein Umsteuern der ökonomischen Planung: weg vom Primat der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln, hin zum Vorrang der Produktion von Konsumgütern.

Dazu wurde der noch laufende, vom 19. Parteitag der KPdSU 1952 beschlossene Fünfjahrplan, der Gesetzesrang hatte, sofort nach Amtsantritt Chruschtschows willkürlich verändert, es wurden unrealistische Steigerungsraten der Konsumgüter- und Leichtindustrie hineingeschrieben. Dazu nur drei signifikante Beispiele: statt der im Fünfjahrplan vorgesehenen Steigerung z.B. der Fleischproduktion um 80 Prozent sollte sie nun um 230 Prozent steigen, die Butterproduktion sollte nicht wie im alten Plan um 70 Prozent, sondern um 180 Prozent steigen, die Produktion von Radios und Fernsehern nicht nur verdoppelt werden, sondern um das 4,4-fache steigen.

Dass solche Steigerungsraten unrealistisch sein mussten, war klar. Dementsprechend wurden die Planziele verfehlt, die Autorität des Planes wurde schwer beschädigt. Und die Plankatastrophen gingen weiter. Der beim XX. Parteitag angenommene Plan musste nach eineinhalb Jahren abgebrochen werden, nach einer Übergangszeit wurde 1959 ein Siebenjahrplan verabschiedet, der nach fünf Jahren abgebrochen wurde.

Das rief selbstverständlich diejenigen revisionistischen Kräfte aus ihren Löchern, die schon immer der Auffassung waren, dass es nur mit Warenproduktion und Markt gehen könne¹³, wie z.B. Jewsej Liebermann. Es hieß, die Planwirtschaft sei nicht flexibel genug, nicht effektiv genug, und das liege daran, dass sie die Betriebe „gängele“.

Wirtschaftlich kam die Sowjetunion nicht mehr voran, das Wirtschaftswachstum sank, die Preise wurden angehoben, 1962 beispielsweise für Fleisch um 30 Prozent, für Butter um 25 Prozent. Ende 1963 musste sogar die Brotrationierung, die es während des Krieges und einige Zeit danach gegeben hatte, wieder eingeführt werden.

Von 1956 bis 1962 entstand gleichzeitig ein großes Investitionschaos. Mehr als 4000 Projekte wurden begonnen, ohne dass die vorherigen fertiggestellt waren. Es kam zu einer massenhaften Verschleuderung von Ressourcen. Die Schuld daran wurde dem zentralen Plan gegeben, der eben nicht funktioniere. Und da auf Stalin inzwischen der Bannstrahl lag, war es nicht opportun, die Geschichte des ökonomischen Aufbaus der Sowjetunion vom Ende der 20er Jahre bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges oder den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg genauer zu betrachten und die Rolle, die die zentrale Planwirtschaft dabei spielte, zu studieren.

Gegen Ende der 50er Jahre folgte der nächste Schlag gegen die Planwirtschaft. Zwischen den irrationalen Planvorgaben und dem Investitionschaos schlug Chruschtschow 1957 vor, die zentralen Unionsministerien, die für die Umsetzung der Pläne verantwortlich waren, abzuschaffen – und dieser Vorschlag wird angenommen. 25 große, zentrale Wirtschaftsministerien, die die unterschiedlichen Sparten der Produktion steuerten und koordinierten, wurden geschlossen, stattdessen wurde ein „Netzwerk von 105 regionalen Wirtschaftsorganen“ geschaffen. Auf Unionsebene blieb nur das zentrale Ministerium für Elektrizität erhalten, aber auch dieses wurde ein Jahr später abgeschafft. GOSPLN, die zentrale Planbehörde, wurde entmachtet, d.h. hatte keine Machtbefugnisse mehr, keine Weisungsbefugnisse an die regionalen Wirtschaften. GOSPLAN durfte nur noch Planprognosen verfassen.

¹³ Ob die unrealistischen, fast ja schon utopischen Planvorgaben absichtlich gemacht wurden, um die Pläne scheitern zu lassen oder aus welchem Grunde sonst, lässt sich nicht seriös beantworten, bleibt also Spekulation.

Ab jetzt wurde also in den Regionen über die Investitionstätigkeit entschieden. So verwundert es nicht, dass in Transkaukasien beispielsweise eigentlich ein Stahlwerk gebaut werden sollte (GOSPLANs Empfehlung), stattdessen aber ein Zirkus und mehrere Schwimmbäder entstanden. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen ihres Handelns waren von den Regionsbehörden schlecht zu überblicken, d.h. das entstehende Chaos muss nicht Absicht der Regionsbehörden gewesen sein, sicherlich aber war es Absicht derjenigen, die GOSPLAN entmachteten haben.

Einige Produktionskennziffern (Prozentualer Anstieg der Produktion)¹⁴:

Produkt	1955	1956	1957	1958
Roheisen	11	7	4	7
Stahl	9	7	5	7
Kohle	13	10	8	7
Elektrizität	13	13	9	11
Schwefelsäure	15	14	6	5
Düngemittel	20	13	8	5

1957 gab es den ersten Versuch, Chruschtschow abzusetzen durch Molotow, Kaganowitsch, Malenko, Bulganin und andere. Er scheiterte, Molotow, Kaganowitsch und Malenko wurden als „Anti-Partei-Gruppe“ aus dem ZK der KPdSU ausgeschlossen.

Nachdem also 1957 die zentrale Planung wesentlich geschwächt worden war und Chruschtschow den Versuch seiner Absetzung überstanden hatte, folgte der nächste Coup: Die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS): Im Januar 1958 schlägt Chruschtschow vor, die MTS aufzulösen und die Maschinen und Traktoren den bäuerlichen Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Im Februar stimmt das ZK der KPdSU diesem Vorschlag zu und bricht damit einen Beschluss des XX. Parteitag. Bis Ende 1958 sind so gut wie alle MTS an die Kollektivwirtschaften verkauft.

Zu den Folgen kommen wir später. Zunächst etwas zur Vorgeschichte, denn dieser Vorschlag war nicht neu. Stalin hat sich in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ schon mit dieser Thematik beschäftigen müssen, weil zwei Genossen der KPdSU, Sanina und Wensher, den gleichen Vorschlag wie Chruschtschow schon Anfang der 50er Jahre gemacht hatten. Stalin dazu:

¹⁴ Quelle: Offizielle sowjetische Wirtschaftsberichte; zitiert nach Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 50

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muss sich ständig vervollkommen -, dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluss an landwirtschaftlichen Produkten denkbar.

Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können.

Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind?

Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, dass die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zuzufügen und sie zu ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft zu gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabzusetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Nehmen wir einen Augenblick lang an, dass wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, dass erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, dass eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, dass sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, dass man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, dass sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, dass die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, dass man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, dass die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, dass man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirken sollte, wies Engels in seinem „Anti-Dühring“ überzeugend nach, dass das Vorhandensein der Warenzirkulation die so genannten „Wirtschaftskommunen“ Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Umso schlimmer für sie. Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, dass der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den

Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.“¹⁵

Es dürfte nicht schwer fallen zu entscheiden, welche Auffassung sich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegt und welche nicht. Dass das Ganze nicht nur ein theoretische, sondern vor allem ein sehr praktisches Problem war, zeigen die Folgen der Chruschtschow-Politik in den landwirtschaftlichen Produktionskennziffern.

„Die Folgen waren verheerend. Nachdem sie ihre neuen Maschinen bezahlt hatten, konnten sich selbst wohlhabende Farmen¹⁶ andere notwendige Investitionen nicht mehr leisten. Sie setzten die neuen Gerätschaften auch längst nicht so effizient ein, wie dies unter den MTS der Fall gewesen war. MTS-Arbeiter waren eine Art Elite gewesen. Weil nun jene von den Kolchosen eingestellt werden sollten, zogen sie es wegen des geringeren Status und der schlechteren Bezahlung vor, in die Städte abzuwandern. Das Ergebnis, so Roy Medwedjew¹⁷, bestand darin, dass `die landwirtschaftliche Produktion einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitt`“¹⁸

Index der Landwirtschaftlichen Produktion in der UdSSR 1958-1963 (1958 = 100)

Jahr	Getreideergebnis
1958	100
1959	95
1960	100
1961	101
1962	101
1963	86

¹⁵ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin Werke Band 15

¹⁶ Gemeint sind Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, der Autor nennt sie „Farmen“. Der Autor ist halt Amerikaner.

¹⁷ Medwedjew ist keinesfalls ein Anhänger Stalins, im Gegenteil ein von der BRD-Bourgeoisie und ihren Medien hofierter ausgemachter Antistalinist. Umso schwerer wiegen seine Worte zu diesem Thema.

¹⁸ William Taubmann, „Krushchev – The Man and his Era“, New York und London 2003, zitiert nach: Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 56

Die Folge war, dass die Sowjetunion erstmals in ihrer Geschichte Getreide aus westlichen Staaten importieren musste, u.a. aus Canada und den USA.

Aber damit noch nicht genug:

„Folgendes Pilotprojekt wird 1963 in der sowjetischen Textilindustrie begonnen:

Für zwei Textilfabriken, für die Majak-Werke, in der Textilien für Männer hergestellt werden, sowie für das Bolschewitschka-Werk, das auf Mode für Frauen spezialisiert ist, wird der Plan ausgesetzt. Sie dürfen nun völlig selbstständig arbeiten und direkt mit staatlichen Einzelhandelsfirmen über Preise, Konditionen und Absatz verhandeln. Das Majak-Werk reduziert sofort seinen Personalbestand, entlässt Arbeiter und Angestellte, und die Gewinne steigen um sieben Prozent an. Die Arbeiter erhalten jetzt nur noch einen Lohn in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen des Werkes, was den verbliebenen Arbeitern in diesem Fall zu Gute kam. Die Bolschewitschka-Werke richten schon bald eine Abteilung für Marktforschung ein, um die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Produkten in der Art eines kapitalistischen Unternehmens zu erforschen. (Vgl. Pape, Martin und Burg, David, ‚Unpersoned. The Fall of Nikita Sergejewich Krushchev‘, London 1966, S. 164).

Vorangegangen war die so genannte Libermann-Diskussion, die seit dem Spätsommer 1962 eingesetzt hatte und die von offizieller Seite gefördert wurde. Der Charkower Ökonomie-Professor Jewsej Libermann hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel ‚Plan, Profit, Prämie‘, das am 9. September 1962 in der ‚Prawda‘ vorgestellt wurde, in dem er unverhohlen dafür eintrat, dass der Gewinn wieder zum wichtigsten ‚ökonomischen Hebel‘ gemacht werden sollte, d. h. dass alle Betriebe wieder das Profitprinzip übernehmen und nach ihm wirtschaften sollten (vgl. Margaret Miller, ‚The Rise of the Russian Consumer‘, London 1965, S. 40).

Es folgte ein zweites Experiment im Frühjahr 1964 in anderen Werken der Konsumgüterindustrie. Auch hier durften die Firmen selbstständig mit den Abnehmern verhandeln und ihre Preise selbst festlegen. Sie durften fortan den Plan und die darin festgelegten Preise ignorieren. Es waren mehr als 80 Firmen, in denen diese Experimente gemacht wurden. Auch ein neues Prämiensystem wurde eingeführt, nach dem die Prämien direkt an den Gewinn, aber auch an Indexe wie Arbeitsproduktivität und Kostensenkung gekoppelt waren. Das Werk mit dem höchsten Gewinn sollte die stärksten ‚materiellen Anreize‘, sprich die höchsten Prämien erhalten. (vgl. Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, Philadelphia & New York 1965, S. 148).

Es darf angenommen werden, dass die Betriebsleitungen, also die Direktoren und ihr Stab, von diesen ‚materiellen Anreizen‘ den Löwenanteil erhalten sollten.

Diese Vorstellungen, die eine klare Abkehr vom Sozialismus und von der Verbindlichkeit zentraler Pläne bedeutete, nach denen vorher mehr oder weniger noch gewirtschaftet wurde, fanden im November des gleichen Jahres die Zustimmung des Zentralkomitees der KPdSU unter Führung Chruschtschows (ebd., S. 43). Gleichzeitig verabschiedete der Ministerrat der UdSSR, dem Chruschtschow vorstand (er war nicht nur Parteichef, sondern auch Ministerpräsident), ein Gesetz, wonach nun den Managern und Direktoren von Industriebetrieben größere Freiheiten und Kompetenzen gewährt werden sollten (vgl. ebd.).

Das Stichwort ‚wirtschaftliche Effizienz‘ wird nun immer wieder in den wirtschaftlichen Debatten verwendet, womit nichts anderes als eine Abkehr vom Plan und eine Hinwendung zum Profit gemeint ist.“¹⁹

1964 wurde Chruschtschow gestürzt.

Breshnew, Kossygin und Podgorny lösten ihn als so genannte kollektive Führung ab. Außenpolitisch stabilisierte sich der Kurs der Sowjetunion einigermaßen, aber in der Ökonomie gingen die zerstörerischen Prozesse weiter, bekannt unter dem Namen „Kossygin-Reformen“.

Von 1965 bis 1969 wurden die wichtigsten Reformen durchgeführt. Zu nennen ist zunächst die Preisreform, d.h. die Preise der Konsumgüter sollten weniger subventioniert werden, sie sollten „stärker die Werte widerspiegeln“. Die Betriebe erhielten größere „Unabhängigkeit“, sie sollten sich stärker am Markt orientieren können.

Im September 1969 fasste das ZK der KPdSU folgenden Beschluss „Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“:

„Ein ernster Mangel der industriellen Leitung ist die Tatsache, dass an die Stelle ökonomischer Notwendigkeiten administrative Methoden getreten sind. ... Die Befugnisse der Betriebe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sind begrenzt.

Die Arbeit der Betriebe ist durch zahlreiche Vorgaben reglementiert, die die Selbstständigkeit und Initiative der Betriebsbelegschaften einschränken und ihr Verantwortungsgefühl für die Verbesserung der Produktionsorganisation verringern.

¹⁹ Gerhard Schnehen, Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 42ff

Es wurde für zweckmäßig erachtet, den Überregulierungen der Betriebsaktivitäten ein Ende zu setzen und die Zahl der den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben zu reduzieren“²⁰

Chruschtschow hatte bereits die zentrale Planung zerstört, es gab aber noch die regionalen Planungsbehörden. Nun sollten Pläne überhaupt wegfallen, Pläne seien „veraltet, bürokratisch, restriktiv“ und eine „Stalinsche Verzerrung des Sozialismus“.

Zum Produktionsregulator sollten jetzt die Rentabilität und der Gewinn des je einzelnen Betriebes werden. Die Betriebe und die Handelsorganisationen konnten frei untereinander handeln, der Handel mit Produktionsmitteln wurde liberalisiert.²¹

1971 repräsentierten zwei Drittel des durch den Markt vermittelten Gesamthandelsumsatzes Produktionsmittel.²² Das führte zur Aufblähung des Kreditwesens. 1976 wurden beispielsweise rund 50 % der Investitionskosten der Betriebe durch Kredite finanziert.

Die Kostenrechnung, die so genannte „wirtschaftliche Rechnungsführung“ der Betriebe wird als Leitungsmethode definiert, der Markt als Regulator der Produktion. Die Rolle des sozialistischen Staates schrumpft dem entsprechend. Lenkende Eingriffe in die Wirtschaft werden jetzt über die Zins- und Kreditpolitik vorgenommen, nicht mehr über die Plankommission.

Der nächste Schritt war dann, dass die Betriebe einen Teil des erwirtschafteten Gewinns für sich behalten und über dessen Verwendung frei entscheiden durften. Das führte erstens zu stark ungleichen Einkommensverhältnissen in der Bevölkerung und zweitens dazu, dass die Betriebe, um hohe Rentabilitätsraten zu gewährleisten, notwendige Neuinvestitionen scheuten, lieber mit veralteten, abgeschriebenen Maschinen weiterproduzierten, da das unmittelbar höhere Rentabilität des je einzelnen Betriebs gewährleistete – selbstverständlich bei langfristigem Niedergang der Volkswirtschaft. Oder sie produzierten lieber Güter im „oberen Preissegment“,

²⁰ Beschluss des ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“. Zitiert nach: Harpal Brar, Perestrojka, Bonn 2002, S. 232

²¹ „Durch die Verwendung ... des aus dem Verkauf überschüssiger Ausrüstungen und anderer materieller Werte erworbenen Geldes werden sich die Betriebe breiterer Machtbefugnisse erfreuen können.“ ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, ... a.a.O.

²² Siehe genauer dazu: Harpal Brar, Perestrojka, passim

wie das so schön heißt, z.B. in Tadschikistan: In der Fleisch- und Milchindustrie wurde dort die Produktion von preiswerten Gütern gesenkt und die Produktion teurer (Edel-)Produkte erhöht. Resultat: Mehrere Millionen Rubel Profit mehr als geplant. Die Zeche zahlen die „kleinen Leute“.

Die Gesellschaft zerfällt von innen, es entstehen dem Sozialismus so fremde Dinge wie Marktforschung (nicht, um den Bedarf der Menschen zu erforschen, sondern die besten Absatzchancen für die eigenen Produkte) und Reklame, gestärkt werden Korruption und Egoismus, gestärkt wird die Schattenwirtschaft bei gleichzeitig wachsender Gleichgültigkeit gegenüber der Allgemeinheit.

Bei Gorbatschow wurde das Ganze dann auf die Spitze getrieben: er und seine Mitstreiter warben dafür, die landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften aufzulösen, weil dem Bauern wieder der unmittelbare Bezug zu seiner „Scholle“ gegeben werden müsse, in Regierungskreisen spekulierte man darüber, ob eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit nicht die Intensität der Arbeit – wegen der Angst, den „Arbeitsplatz“ zu verlieren – erhöhen könnte und vielleicht auch ein gutes Mittel gegen den Alkoholismus sei (!), in der Wohnungspolitik sollte das staatliche Eigentum aufgelöst werden, weil man den Menschen doch die Möglichkeit geben müsse, ihre Wohnung an ihre Kinder zu vererben und in der Industrie fand eine völlige Liberalisierung statt, inklusive eigenständigem Außenhandels der Betriebe. Ab 1987 bröckelte das staatliche Außenhandelsmonopol, exportorientierte Betriebe durften eigene Außenhandelsfirmen gründen. 1990 tätigten rund 40.000 sowjetische Betriebe eigenen Export- und Importgeschäfte.

Im Einzelnen:

Über die **grundsätzliche Umgestaltung der Industrie** sagte Gorbatschow u.a.: *„Das Wesentliche der radikalen Umgestaltung ... ist der Übergang von vorwiegend bürokratischen zu ökonomischen Leitungsmethoden²³ auf allen Ebenen... und eine umfassende Demokratisierung der Leitung...“²⁴*

²³ Der Begriff „bürokratische Leitungsmethoden“ steht hier für Planwirtschaft (bzw. die Reste, die davon noch übrig waren), hinter dem Begriff „ökonomische Leitungsmethoden“ verbirgt sich die so genannte „Marktwirtschaft“.

²⁴ Gorbatschow: Grundlegende Maßnahmen zur radikalen Umgestaltung der ökonomischen Leitung, Prawda, 27. Juni 1987

In seinem Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988 spricht Gorbatschow vom „Chosrastschot-Prinzip“²⁵ des Wirtschaftens, die nicht nur die Koppelung der Einkommen, sondern auch die Befriedigung sozialer Bedürfnisse mit em individuell erbrachten Arbeitsbeitrag ermöglicht.“²⁶

Dr. Leonid Abalkin, Leiter der sowjetischen Kommission für Wirtschaftsreformen und stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR sagte in einem Interview mit dem „Morning Star“ am 11. Mai 1990: „Nun ein paar Worte über einige grundsätzliche Maßnahmen der Reform und ihr Konzept.

Erstens, es ist eine radikale Reform. Es ist keine Verschönerung eines heruntergekommenen Hauses, sondern der Abriss eines administrativen Kommandosystems und seine Ersetzung durch ein qualitativ neues Modell für die sozialistische Wirtschaft.

Zweitens kann die Wirtschaftsreform nur in Verbindung mit Veränderungen in der politischen Sphäre des Lebens effektiv sein.

Drittens, die Reform betrifft die eigentlichen Grundlagen des ökonomischen Systems.

Sie ist darauf ausgelegt, die Eigentumsverhältnisse in ihrer Gesamtheit zu erneuern.“²⁷

Zwei maßgebliche Wirtschaftsberater Gorbatschows, Nikolaj Petrakow und Stanislaw Schatalin, äußerten sich in der „Newsweek“ vom 25. Juni 1990 folgendermaßen: „Privatisierung von staatlichen Industrien, Auflösung von Industrieministerien, dringend nötige Kürzung von Staatsausgaben, Senkung staatlicher Investitionen, Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung und Einrichtung aller anderen Banken auf kommerzieller Grundlage.“²⁸

Über das **Wohneigentum** ließ Abel Abanbegjan, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und in der sowjetischen Literatur über die Zeit als „der Mann im Zentrum der Perestrojka“ bezeichnet, folgendes verlauten: „Viele Vorschläge, die

²⁵ Das Chosrastschot-Prinzip bedeutet die Herstellung der vollständigen Betriebsautonomie

²⁶ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988

²⁷ Dr. Leonid Abalkin, Morning Star, 11.5.1990, zitiert nach; Harpal Brara, Perestrojka, S. 74

²⁸ N. Petrakow, St. Schatalin, Newsweek, 25.6.1990, zitiert nach: Harpal Brar, Perestrojka, S. 94

Menschen die Kosten ihrer Wohnung an den Staat zahlen zu lassen, um sie in die Lage zu versetzen, sie ihren Erben zu hinterlassen, erscheinen Ebenfalls vernünftig. ²⁹

Über die Möglichkeiten und den Nutzen einer gewissen **Arbeitslosigkeit** schreibt Nikolaj Schmeljow, Ökonom am Institut für Nordamerikanische Studien in Moskau und Berater Gorbatschows: *„Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem ökonomischen Schaden verschließen, der aus unserer parasitären Sicherheit eines Vollbeschäftigungsgarantie resultiert. ... Ich glaube, es ist jedermann klar, dass ein Großteil der heutigen Zerrüttung, Trunksucht und Schlamperei einer Überbeschäftigung geschuldet ist. ... Wir sollten eine sachliche und entschlossene Diskussion darüber führen, welche Vorteile eine relativ kleine Arbeitskräftereserve hätte. ... Die reale Gefahr, den Job zu verlieren und vorläufig von Arbeitslosengeld zu leben, oder aber dort arbeiten zu müssen, wohin man geschickt wird, ist eine ziemlich gute Medizin gegen Faulheit, Trunksucht und Verantwortungslosigkeit.* ³⁰

Zu den **Entkollektivierungsbestrebungen** gibt auch Schmeljow die Vorlagen, nach denen Gorbatschow dann Maßnahmen vorschlägt:

„Kolchosen und Sowjosen müssen das Recht haben, ihren Ertrag an Staat, Kooperativen und an die Verbraucher frei zu verkaufen. ... Private Hilfswirtschaften müssen hinsichtlich ökonomischer und sozialer Rechte mit Kollektivwirtschaften völlig auf gleiche Stufe gestellt werden. ³¹

Gorbatschow setzt um:

„Heute haben wir große Kollektivwirtschaften und Sowchosen in vielen Agrarregionen. Große Arbeitskollektive, Landparzellen und landwirtschaftliche Komplexe wurden geschaffen

Sie sind vom Land ziemlich losgelöst und dies beeinträchtigt die Endresultate.

Heute müssen wir eine festere und direktere Verbindung mit den Interessen des Einzelnen durch Kollektiv-, Familien- und Pachtverträge im Gefüge dieser Kollektive und Sowchosen sichern. ³²

²⁹ Abel Abanbegjan, Die Herausforderung, S. 14

³⁰ Nikolaj Schmeljow, Zeitschrift Nowyi Mir, 1987, zitiert nach Harpal Brar, a.a.O., S. 50

³¹ N. Schmeljow, ebenda, zitiert nach Brar, a.a.O., S. 62

³² Gorbatschow: Perestroika, S. 97

Und weiter führt er bei der bereits zitierten Rede auf der 19. Parteikonferenz aus: *Kurz, Genossen, die aktuelle Agrarpolitik besteht im wesentlichen darin, die Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern*.³³ Wir müssen das ökonomische Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wieder herstellen und das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe durch Förderung diverser Vertrags- und Pachtsysteme außerordentlich entfalten. Wir müssen die Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land überwinden.³³ Das ist sehr wolkenreich ausgedrückt: Hinter den „diversen Vertrags- und Pachtsystemen“ verstecken sich Familienpachtverträge und private Einzelpachtverträge. Wenn man Gorbatschows Rhetorik ernst nähme, sollte mittels solcher Verträge das Potential der Kollektivwirtschaften entfaltet werden, was völliger Unsinn ist. Aber es geht hier ja nicht um die rhetorischen Nebelkerzen, sondern um den Inhalt: die Produktionsverhältnisse sollten geändert werden, die Landwirtschaft sollte schlicht und einfach privatisiert werden.

Noch einmal Gorbatschow in seinem Bericht an das ZK der KPdSU am 29. Juli 1988: Er spricht davon, „*die ökonomischen Verhältnisse auf dem Dorf*“ ändern zu wollen, man müsse die Arbeitseinstellung der Leute ändern, „*dies kann nur durch eine drastische Änderung der ökonomischen Beziehungen auf dem Lande erreicht werde. Unsere Aufgabe ist es, sie in bestimmter Weise umzustrukturieren; den Bauern zu einem wahren Meister auf dem Lande zu machen, ihm zu ermöglichen, all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden.*“ Demgemäß forderte er die „*Annahme eines Sondergesetzes über Pachtbesitz*“, und fügte hinzu, dass diese Pachtungen „*langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25 – 30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müsste das Problem so gestellt werde: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten.*“³⁴

So weit die Pläne und Maßnahmen Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion.

Das Ende ist bekannt.

Damit ist der erste Teil des Artikels beendet.

³³ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU, Juni 1988

³⁴ Gorbatschow, Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU, 29. Juli 1988, zitiert nach H. Brar, a.a.O., S. 71f.

In der Januar-Februar-Ausgabe wird es um die Analyse und Einschätzung der cubanischen Wirtschaftsreformen gehen, vorgenommen mit Hilfe der theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen, wie sie hier dargestellt wurden.

Die Antideutschen und die Israel-Lobby

Erklärung der VeranstalterInnen der 21. Linken Literaturmesse in Nürnberg: Literaturmesse als antisemitische Veranstaltung beschimpft

Am Wochenende 5./6. November fand die 21. Linke Literaturmesse in Nürnberg statt. Im Vorfeld gab es eine Kampagne dagegen. Der Vorwurf ist ein vielerorts bekannter und lautet „Antisemitismus“.

Seit Jahren werden von einer kleinen antideutschen Splittergruppe linke Veranstaltungen und Strukturen in Nürnberg mit einer völlig irrationalen Antisemitismusdefinition überzogen. Jegliche Kritik an der israelischen Regierungspolitik ist demnach Antisemitismus. Betroffen waren zuletzt eine Angestellte eines kommunalen Stadteiltreffs, aber auch das „Nürnberger evangelische Forum für den Frieden (NEFF)“ dem durch das Nürnberger Dekanat die Räumlichkeiten entzogen wurden, solange sie nicht immer auch die israelische Darstellung ausreichend zu Wort kommen lassen.

Aktuell gipfeln diese in pauschale Antisemitismusvorwürfe gehen die Veranstalter und an der Linken Literaturmesse beteiligte Verlage. Diese zielen im konkreten Fall darauf ab, die Linke Literaturmesse in der Öffentlichkeit zu verunglimpfen, gesellschaftlich wie politisch zu isolieren und letztlich durch einen erzwungenen Entzug der gemieteten städtischen Räume zu verhindern. Dabei wurden alle Referenten und Verleger angeschrieben, eine Facebookseite online gestellt. Aus der Jüdischen Gemeinde wurde um eine Stellungnahme gebeten und schließlich wurde durch Druck des Oberbürgermeisters Maly (SPD) die konkrete Ausstellung in den städtischen Räumlichkeiten untersagt.

Der Vorwurf und die Tatsachen

Der Vorwurf dreht sich konkret um die so genannte Kölner Klagemauer, der prinzipieller Antisemitismus unterstellt wurde. Dazu wurde von antideutscher Seite ein Bild mitversandt, auf dem eine Karikatur zu sehen war, die niemals Teil der Dokumentation über die Ausstellung war. Mit Unterstellungen und Unwahrheiten wurde in der Mail aus der Linken Literaturmesse ein Hort des Judenhasses.

Die besagte Dokumentation über die Kölner Klagemauer wollte die Gruppe Arbeiterphotographie im Rahmen der Messe 2016 zeigen. Der Initiator der „Kölner Klagemauer“, Walter Herrmann, der nach einer Auseinandersetzung mit seinem Vermieter seine Wohnung durch eine Zwangsräumung verlor, errichtete anschließend in Köln eine erste Klagemauer. An dieser Klagemauer wurden an Wäscheleinen handgeschriebene Karten, Bilder, Klagen etc. zum Thema Wohnungsnot aufgehängt.

1991 initiierte Herrmann anlässlich des Golfkrieges eine „Klagemauer für den Frieden“ auf der Kölner Domplatte, direkt vor der Kathedrale. Zugrunde lag wieder das Konzept, dass auch PassantInnen handgeschriebene Kärtchen aufhängen konnten. Die friedenspolitische Botschaft wie die Protestform an sich sorgte für prominente und weniger prominente UnterstützerInnen. 1998 erhielten Herrmann und andere an der Klagemauer Beteiligte den Aachener Friedenspreis.

Doch selbstverständlich nicht alle waren von den Aktivitäten Herrmanns und seiner Klagemauer begeistert. So versuchten Stadtverwaltung und Domverantwortliche in jahrelangem juristischem Kleinkrieg die Klagemauer zu vertreiben. Die Polizei räumte die Mauer mehrmals und auch Rechtsradikale überfielen die Aktion. Das alles überlebte die von Herrmann und seinen MitstreiterInnen bewachte Installation jedoch.

Ab 2005 widmete sich die Klagemauer schließlich der Darstellung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Die aus Sicht der KritikerInnen zu einseitige Parteinahme sorgte nun immer wieder für Diskussionsstoff. Antisemitismusvorwürfe wurden geäußert. Als schließlich ein DPA-Foto an der Klagemauer gezeigt wurde, auf dem eine Teilnehmerin an einer antiisraelischen Demonstration in Indien eine zumindest antisemitisch auslegbare Karikatur zeigte, eskalierte die Diskussion um die Klagemauer wieder einmal. Herrmann entschied, das Bild aus der Ausstellung zu entfernen. Laut mehreren Berichten und Artikeln distanzierte er sich von der Aussage der Karikatur. Exakt diese Karikatur wurde nun von antideutscher Seite hundertfach mit der Linken Literaturmesse in Verbindung gebracht.

Aus diesen Fakten wird nun mit Hilfe von Halbwahrheiten und plumpen Lügen von „Antideutschen“ der Vorwurf konstruiert, dass die Kölner Klagemauer an sich eine antisemitische Ausstellung gewesen sei, die Dokumentation über diese nur antisemitisch sein könne und ergo die Linke Literaturmesse eine antisemitische Veranstaltung sei.

Die Reaktion

Wer solchen Anfeindungen schon einmal ausgesetzt war weiß, wie lähmend die Situation im ersten Moment sein kann. Plötzlich kommen Presseanfragen und Facebook-Kommentare, besorgte E-Mails von Veranstaltern und Referenten und dann lädt auch noch der Intendant des Kulturzentrums, der die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, zum Gespräch ein. Nachdem eine Stellungnahme verfasst wurde und mit den oben genannten Argumenten alle Beteiligten informiert waren, war der Sturm dann schnell vorbei. Für jeden konkreten Fall gilt es abzuwägen: Heißt es nun Öffentlichkeit schaffen, oder werfe ich damit den Vorwurf nur auf?

Die Erfahrung wird vielerorts gemacht, dass der Antisemitismusvorwurf als politische Waffe missbraucht wird, um linke Veranstaltungen zu verhindern und Organisationen einzuschüchtern.

Dagegen hilft nur eins: Solidarität. Diese hat die Linke Literaturmesse in Nürnberg in der vergangenen Zeit vielfach erhalten.

Cafe Palestine Freiburg, Dr. Gabi Weber: (Unvollständige) Übersicht über menschenrechtsorientierte Veranstaltungen der letzten elf Jahre, die be- oder verhindert wurden

Datum und Ort: 2005, Kassel, Rathaus der Stadt Kassel

Thema: Foto-Ausstellung „Palästina - Alltag unter der Besatzung“

Veranstalter: Friedensinitiative Kassel, Kasseler Friedensforum, Studentenunion arabischer Studierender, Pax Christi

Intervention: Nach Intervention der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sagt Oberbürgermeister G. Lewandowski (CDU) die Veranstaltung ab. Asyl wurde gewährt im Kolping-Haus

Identifikation: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit

Datum und Ort: 2005, Leipzig, Buchmesse, Halle 6

Thema: Lesungen zu Palästina, Nahost, Mahgreb

Veranstalter: Zambon-Verlag

Intervention: Die Plakate sind abgehängt, der Verlag zur Absage gezwungen worden

Identifikation: Außenminister Fischer in Verbindung mit antideutschen Gruppen

Datum und Ort: 20.01.2006, Frankfurt/M, Heilig-Geist-Kirche

Thema: Veranstaltung mit Rupert Neudeck und Najo Meyer

Veranstalter: -

Intervention: Verhinderung durch die Jüdische Gemeinde

Identifikation: Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde

Datum und Ort: 2008, Frankfurt/M, DGB-Haus

Thema: Nakba-Ausstellung und Vorträge dazu

Veranstalter: Palästinensische Gemeinde Hessen

Intervention: Auf Druck der Jüdischen Gemeinde und zionistischer Kreise zieht der örtliche DGB-Vorsitzende Fiedler die Raumzusage zurück

Identifikation: Jüdische Gemeinde

Datum und Ort: 23.10.2009, München, Pädagogisches Institut der Stadt München

Thema: Ilan Papes Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“

Veranstalter: Arbeitskreis Palästina/Israel

Intervention: Verbot der Veranstaltung, Aussperrung von Ilan Pape

Identifikation: Deutsch-Israelische Gesellschaft

Datum und Ort: 04.10.2010, Freiburg, Stadtbibliothek

Thema: Nakba-Ausstellung

Veranstalter: Cafe Palestine Freiburg

Intervention: Rücknahme der Raumzusage durch die Stadt – per Gericht Zusage

Identifikation: Oberbürgermeister

Datum und Ort: September 2011, Freiburg, Bürgerhaus Zähringen

Thema: Konferenz über Meinungsfreiheit

Veranstalter: Cafe Palestine Freiburg

Intervention: Demonstration vor dem Veranstaltungsort, Counter-Event: „Thementage Antisemitismus“

Identifikation: Deutsch-Israelische Gesellschaft, Antideutsche

Datum und Ort: 18.11.2011, Darmstadt, Offenes Haus

Thema: Nakba-Ausstellung mit nachfolgenden Veranstaltungen

Veranstalter: Evangelisches Forum, Dekanat Darmstadt-Stadt

Intervention: Einspruch der Jerusalem-Post

Identifikation: Korrespondent der Jerusalem Post

Datum und Ort: 27.06.2012, Kiel, Universität

Thema: Veranstaltung mit Johann Galtung zur Weltinnenpolitik

Veranstalter: Studentengruppen

Intervention: Polemisierung gegen den Referenten führt zu aktueller Absage und Verschiebung der Veranstaltung durch die Veranstalter

Identifikation: Schreiben eines Studenten an Uni, FH, Stadt und Land

Datum und Ort: Juli 2012, Nürnberg, Haus „eckstein“

Thema: Nakba-Ausstellung

Veranstalter: AK Palästina im Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden

Intervention: Verbot der Veranstaltung durch das Dekanat Nürnberg, später Durchführung in einem Container vor dem „eckstein“

Identifikation: Israelitische Kultusgemeinde, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Leiter der ev. Stadtakademie

Datum und Ort: 15.09.2012, Frankfurt/M, Paulskirche

Thema: Verleihung des Adorno-Preises

Veranstalter: -

Intervention: Proteste vor, während und nach der Preisverleihung

Identifikation: Zentralrat der Juden, Jüdische Gemeinde

Datum und Ort: November 2012 bis Mai 2013, Freiburg, Uni

Thema: Vortrag eines französischen Chirurgen zu Operationen in Gaza

Veranstalter: Cafe Palestine

Intervention: Raumverweigerung, Begründung: Cafe Palestine rufe zum Verfassungsbruch auf. Nach Klage vor dem Verwaltungsgericht gewinnt Cafe Palestine den Prozess.

Identifikation: Israel-Lobby

Datum und Ort: 12.12.2012, Kiel, Universität

Thema: Die verlegte Veranstaltung mit Johann Galtung zur Weltinnenpolitik

Veranstalter: Studentengruppen, IPPNW

Intervention: Absage des Raums durch die Universität nach anonymer Hetze gegen die Veranstaltung

Identifikation: unbekannt

Datum und Ort: Juni 2013, Freiburg

Thema: Nach dem zur Nakbah-Ausstellung gewonnenen Gerichtsverfahren gegen die Uni

Veranstalter: Cafe Palestine Freiburg

Intervention: Die Israel-Lobby macht gegen das Cafe Palestine im Internet mobil, z.B. mit der Titulierung „Cafe Judenhass“

Identifikation: Israel-Lobby, Henryk M. Broder, „Achse des Guten“

Datum und Ort: Mai 2013, Kiel, Gewerkschaftshaus

Thema: Die zuvor zweimal abgesagte Veranstaltung mit Johann Galtung

Veranstalter: IPPNW Kiel und Bund, Landeszentrale für Politische Bildung

Intervention: Lügenkampagne nach der Veranstaltung (nichtöffentliche Werbung verhinderte eine Intervention zur nochmaligen Absage der Veranstaltung)

Identifikation: Mitglieder des ASTA der Uni, der Grünen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Partei Die Linke

Datum und Ort: November 2013, Freiburg, Kino Harmonie

Thema: Film: The Lab in Anwesenheit des jüdischen Regisseurs Yotam Feldman

Veranstalter: Cafe Palestine Freiburg

Intervention: Wecker, überall im Kinosaal positioniert, gehen nacheinander los, um Angst zu verbreiten.

Identifikation: unbekannt

Datum und Ort: 2014, Frankfurt/M, Paulskirche

Thema: Verleihung des Adorno-Preises an Judith Butler

Veranstalter: -

Intervention: Versuch der Verhinderung vergeblich

Identifikation: Antideutsche, Mitglieder der Jüdischen Gemeinde

Datum und Ort: Januar 2014, Nürnberg, Haus „eckstein“

Thema: Veranstaltungen des AK Palästina

Veranstalter: AK Palästina im Nürnberger Evangelischen Forum für den Friede

Intervention: Verbot aller Veranstaltungen des AK im „eckstein“ durch den Dekanatsausschuss

Identifikation: Israelitische Kultusgemeinde, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Leiter der ev. Stadtakademie

Datum und Ort: 18.02. 2014, Bremen, Überseemuseum

Thema: Palästinensische Kinder in Israelischer Haft

Veranstalter: Amnesty International

Intervention: Proteste vor dem Überseemuseum

Identifikation: Deutsch-Israelische Gesellschaft

Datum und Ort: 11.03.2014, Bremen, Überseemuseum

Thema: Vortrag von Reuven Moskowitz

Veranstalter: Nahostforum und Nahostarbeitskreis der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Intervention: Proteste vor dem Veranstaltungsort

Identifikation: Jüdische Gemeinde

Datum und Ort: 30.07.2014, Darmstadt, Pauluskirche

Thema: „Reise durch Palästina“, Viola Raheb, Marwan Abado

Veranstalter: Kantor der Gemeinde

Intervention: Protest von Teilnehmenden gegen das Kantor-Votum

Identifikation: -

Datum und Ort: 09.11.2014, Berlin, Volksbühne

Thema: Russel-Tribunal on Palestine: Israels Kriegsverbrechen in Gaza

Veranstalter: Bündnis aus AK Nahost Berlin, BAB, BDS Berlin, Berlin for Gaza, IPPNW

Intervention: Parlamentsmitglieder, Deutsch-israelische Gesellschaft

Identifikation: Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Grüne) und Petra Pau (Die Linke), Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Datum und Ort: 01.12.2014, Darmstadt, Elisabeth-Gemeinschaft

Thema: Shoa!-Gaza?, mit Peter Bingel

Veranstalter: IPS Kreis Darmstadt

Intervention: Während des Vortrags Polizeieinsatz

Identifikation: Anti-Deutsche

Datum und Ort: Dezember 2014, Berlin, Canaan-Konferenz

Thema: -

Veranstalter: Canaan-Konferenz

Intervention: Cafe Palestine wird von der Konferenz ausgeschlossen

Identifikation: American Jewish Committee, Bild am Sonntag, Focus und Jerusalem Post

Datum und Ort: Februar 2015, Bremen, Stadtbibliothek

Thema: Nakba-Ausstellung

Veranstalter: Nahostforum und Nahostarbeitskreis der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Intervention: Intervention hinter den Kulissen, erfolglos

Identifikation: Deutsch-Israelische Gesellschaft

Datum und Ort: 24.03.2015, Hechingen, Alte Synagoge

Thema: Vortrag von Rolf Verleger: Sympathisieren Deutsche mit Palästina aus Abneigung gegen Juden?

Veranstalter: Freunde der Alten Synagoge

Intervention: Raumverweigerung, Rolf Verleger spricht an einem anderen Ort

Identifikation: Israelitische Kultusgemeinde (= Jüdische Gemeinde Stuttgart)

Datum und Ort: 17.06.2015, Köln, Volkshochschule

Thema: Ausstellung „Breaking the Silence“

Veranstalter: Volkshochschule Köln, Amt für Weiterbildung

Intervention: Nach Protesten der israelischen Botschaft Absage und Verbot der Veranstaltung durch den Kölner Oberbürgermeister Schramm

Identifikation: Botschaft Israels

Datum und Ort: 03.06.2015, Neuss, Volkshochschule

Thema: Vortrag von Rolf Verleger: Judentum und Zionismus

Veranstalter: Volkshochschule Neuss

Intervention: Verbot der Veranstaltung durch den Oberbürgermeister, Erlaubnis durch den Kulturausschuss

Identifikation: Jüdische Gemeinde Düsseldorf, Oberbürgermeister der Stadt Neuss

Datum und Ort: 02.09.2015, Darmstadt, ev. Andreas-Kirche

Thema: Als Jüdin gegen Zionismus

Veranstalter: IPS Kreis Darmstadt, Pax Christi

Intervention: Vorwürfe wegen Antisemitismus der Referentin

Identifikation: Gemeinde, Dekanat

Datum und Ort: 02.03.2016, Bochum, Universität

Thema: Vortrag von Salah Al Khawaja zu Leben und Situation im Westjordanland

Veranstalter: Arbeitskreis Palästina

Intervention: Hochschulleitung kündigt den Mietvertrag

Identifikation: -

Datum und Ort: 08.03.2016, Wien, Parlamentsgebäude Wien

Thema: Bericht über Zeuginnen (2. Weltkrieg): Hedy Epstein, Bürgerrechtlerin, Gutachterin im Nürnberger Ärzteprozess

Veranstalter: Parlamentspräsidentin der Republik Österreich

Intervention: Nach Kritik an Epsteins Engagement für die Palästinenser wird die Streichung der Veranstaltung und die Ausladung aller Gäste erzwungen

Identifikation: Israelische Botschaft in Wien, Israelitische Kultusgemeinde Wien, Simon-Wiesenthal-Zentrum, Jerusalem Post

Datum und Ort: 10.03.2016, Bremen, Überseemuseum

Thema: Vortrag von Salah Al Kawaja aus Ni‘lin

Veranstalter: AK Nahost

Intervention: Referent darf nicht ausreisen, kann deshalb nicht nach Deutschland kommen

Identifikation: Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Datum und Ort: 28.03.2016, München, Empfang des Oberbürgermeisters der Stadt München

Thema: Verleihung des Anita-Augspurg-Preises an die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Veranstalter: Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München

Intervention: Die Israel-Lobby verhindert die Preisverleihung

Identifikation: Israelitische Kultusgemeinde München

Datum und Ort: April 2016, Bremen, Weserterrassen

Thema: Präsentation des Buches von Arn Strommeyer

Veranstalter: AK Nordost

Intervention: Proteste - Verschiebung auf Mai

Identifikation: Israel-Lobby

Datum und Ort: April 2016, Bremen-Vegesack, Gemeindehaus

Thema: -

Veranstalter: Nord-Bremer gegen Krieg

Intervention: Korrespondent der Jerusalem-Post

Identifikation: Jerusalem-Post, Christlich-Jüdischer Dialog

Datum und Ort: 15.04.2016, Bayreuth, Universität

Thema: Verleihung des Wilhelmine-von-Bayreuth-Preises für Toleranz und Humanität

Veranstalter: Stadtrat, gegen die Bürgermeisterin

Intervention: Proteste

Identifikation: Zentralrat der Juden in Deutschland, Botschafter Israels

Datum und Ort: Juli 2016, München, Eine-Welt-Haus

Thema: Vortrag von Arn Strommeyer

Veranstalter: Nahost-Gruppe Salam-Shalom

Intervention: Das Haus lehnt aus Angst vor öffentlichem Druck ab

Identifikation: unbekannt

Datum und Ort: 05.08.2016, Hildesheim, HAWK-Hochschule Hildesheim

Thema: Lehrveranstaltungsreihe „Nahostkonflikt und Soziale Arbeit“

Veranstalter: Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Hochschule

Intervention: Massive Vorwürfe gegen eine Lehrveranstaltung

Identifikation: Zentralrat der Juden, Jüdische Allgemeine, Jerusalem Post

Datum und Ort: 11.08.2016, Heidelberg, Bürgeramt Mitte

Thema: Ausstellung „Kinderbilder aus Palästina“

Veranstalter: Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg

Intervention: Stadt sagt Veranstaltung ab. Begründung: Ein Kinderbild habe die „rote Linie“ überschritten und der Ausstellungsort sei nicht für politische Organisationen da.

Identifikation: unbekannt

Datum und Ort: 14.08.2016, ARD

Thema: ARD-Reportage über Wasserknappheit in der Westbank

Veranstalter: ARD

Intervention: Sturm der Entrüstung in den Medien

Identifikation: Botschaft Israels, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Instanzen der Israel-Lobby

Datum und Ort: 23.09.2016, München, Eine-Welt-Haus

Thema: Vortrag von Abraham Melzer

Veranstalter: -

Intervention: Die Stadt München untersagt die Raumvergabe

Identifikation: unbekannt

Datum und Ort: 30.09.2016, München, Erlöser-Kirche

Thema: Benefiz-Konzert für die Menschen in Gaza

Veranstalter: -

Intervention: Absage der Veranstaltung

Identifikation: Politische Gruppen in München erheben Antisemitismus-Vorwürfe

Datum und Ort: 08.10.2016, Hamburg, Haus Eimsbüttel

Thema: Palästinensisches Kulturfest

Veranstalter: Deutsch-Palästinensischer Frauenverein (DPFV)

Intervention: Denunziation des DPFV, Einspruch gegen öffentlichen Zuschuss

Identifikation: Deutsch-Israelische Gesellschaft Hamburg

Datum und Ort: 11.10.2016, Kassel, Cafe Buch-Oase

Thema: Vortrag von Wolfgang Gehrcke: „Rufmord – Die Antisemitismus-Kampagne gegen links“

Veranstalter: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Gruppe Kassel

Intervention: Gegenkundgebung, mit 11 Teilnehmern erfolglos

Identifikation: Antideutsche, Bündnis gegen Antisemitismus

Datum und Ort: 04.-06.11.2016, Nürnberg, Filmhauskino

Thema: Linke Literaturmesse

Veranstalter: Literaturverein Libresso u.a.

Intervention: Antisemitismusvorwurf (siehe vorstehende Erklärung der Veranstalter/innen der Linken Literaturmesse)

Identifikation: Antideutsche

Datum und Ort: 08.11.2016, verschoben auf 15.-17.11.2016, Göttingen, Kulturwissenschaftliches Zentrum der Universität

Thema: Vortragsreihe Naher Osten, ferner Frieden, beginnend mit der Nakbah-Ausstellung

Veranstalter: Seminar für Arabistik/Islamwissenschaftliches Institut

Intervention: Versuche, in konzertierter Aktion so genannte „israelkritische“ Veranstaltungen zu verhindern, wurden abgewehrt

Identifikation: -

<p style="text-align: center;">Kriminalisierung von Antifaschisten, Ehrung für Faschisten</p>
--

Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Massive Kriminalisierung, um Neonazis den Weg frei zu halten? Über 80 Strafverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen in Südniedersachsen.

Über 80 Strafverfahren drohen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich seit gut einem Jahr den Auftritten der Neonazis in Südniedersachsen entgegen stellen. Zu dieser Schätzung kommen Antifa- und Solidaritätsgruppen nach der Auswertung von Betroffenenberichten und Medien. Die tatsächliche Zahl von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, dürfte nach Aussagen der Göttinger Antifagruppe A.L.I. noch weit höher sein.

Die hohe Zahl von Ermittlungs- und Strafverfahren dokumentiert die Ausdauer und Hartnäckigkeit, mit der sich Menschen seit einem Jahr den Auftritten und Angriffen von Neonazis entgegen stellen. Unter ihnen befinden sich Schlauchbootfahrerinnen und Versammlungsanmelder, Glitzerwerferinnen und Transparenthalter: „Der antifaschistische Widerstand hat viele Gesichter, ist kreativ und ausdauernd“, so die Sprecherin der Antifaschistischen Linken International, A.L.I., aus Göttingen.

Das Ausmaß der Kriminalisierung ist aber vor allem das Ergebnis der häufig eskalierenden Einsatzstrategie der Polizei. Ein weiteres Beispiel dafür war der BFE-Einsatz (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Polizei) gegen eine bis dahin friedliche Blockade eines Neonaziaufmarsches am 22. 10. 2016 in Duderstadt.

Betroffene berichten:

„Vorbefragte und als gewalttätig bekannte Neonazis konnten provokant direkt hinter der Polizeisperre Handyvideos von linken Protestierenden anfertigen. Der gesamte Neonaziaufmarsch wurde schließlich nur wenige Meter entfernt an der antifaschistischen Blockade vorbei geleitet: Zahlreiche Neonazis waren verummmt, drohten mit vulgären Gesten und filmten den politischen Gegner. In hetzerischen Reden hatten Neonazis unmittelbar zuvor ihre Gewaltphantasien für die Zeit nach der „nationalen Wende“ ausgebreitet. Im Angesicht dieses Szenarios verummmten sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der antifaschistischen Blockade zum Selbstschutz. Unmittelbar nachdem die letzten drohenden und verummmten Neonazis von der blockierten Marktstraße in die Apothekenstraße abgebogen waren, stürmten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten aus Hannover und Göttingen in die Menge der Protestierenden und nahmen drei Personen wegen „Verummung“ fest. Die Bilanz dieses selbst erschaffenen Szenarios der Polizei waren weitere 15 Ermittlungsverfahren, die sich unter anderem aus vermeintlichen Widerstandshandlungen ergeben hatten. Durch Polizeischläge mit Fäusten und

Schlagstöcken gegen die Köpfe wurden zahlreiche Menschen verletzt, mindestens zwei mussten mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus eingeliefert werden.“

„Die Repressionen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten haben ein weit schlimmeres Ausmaß angenommen als zu den dunkelsten Schönemann-Zeiten³⁵“, so die Antifasprecherin und weiter: „Die rot-grüne Landesregierung muss sich fragen lassen, wie das zu ihren Bekenntnissen und Aufrufen zu Zivilcourage gegen Rechts passt.“

Die A.L.I. ruft Betroffene von Polizeigewalt, Ermittlungs- und Strafverfahren dazu auf, Gedächtnisprotokolle zu verfassen und sich an die linke Solidaritätsorganisation „Rote Hilfe“ zu wenden. Darüber hinaus ruft die Antifagruppe dazu auf, Geld zu spenden und Angeklagte vor Gericht solidarisch zu begleiten.

Mit antifaschistischen Grüßen!

Antifaschistische linke international

Weitere Infos: c/o Buchladen Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen oder www.ali.antifa.de

Gerhard Feldbauer: Italien - Sozialdemokratische Stadtverwaltung Mailands ehrte Mussolinis Salofaschisten

Sie waren an der Ermordung von Tausenden Partisanen und Widerstandskämpfern und unzähligen Zivilisten beteiligt. Die Anbiederung an die Faschisten hat lange Traditionen.

In Mailand hat sich am 1. November zum Tag der Allerheiligen, der in Italien landesweit ein Feiertag ist, ein skandalöser Vorgang ohnegleichen ereignet.

Von der Stadtverwaltung, einer Mitte Links-Koalition mit dem Bürgermeister der regierenden sozialdemokratischen Partito Democratico (PD), Stefano Parisi an der

³⁵ Uwe Schönemann war von 2003 bis 2013 niedersächsischer Innenminister und für seine „harte Linie“ gegen unerwünschte Demonstrationen und antifaschistische Aktionen ebenso bekannt wie für seine ausgrenzende Praxis gegen Flüchtlinge und Asylbewerber.

Spitze, wurde auf dem Zentralfriedhof für 921 dort bestattete Gefallene der Streitkräfte der sogenannten Repubblica Sociale Italiano (RSI) ein Kranz niedergelegt. Bei der RSI handelte es sich um das nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 im Herbst unter der Besatzung Hitlerdeutschlands mit dem „Duce“ an der Spitze installierte Marionettenregime mit Regierungssitz in Salo am Gardasee.

Gegen den unerhörten Vorgang erhob sich eine Protestwelle, die vom Verband der Partisanen (ANPI), Bürgern der Stadt, darunter aus der PD, Kommunisten und Gewerkschaftern bis zur „Forschungseinrichtung zur Untersuchung der neuen Rechten“ reicht. Zahlreiche Proteste wurden über Twitter und in Leserzuschriften an die regierungsnahe römische La Repubblica verbreitet. Seit die Industriemetropole ab 2011 wieder von einer Koalition der Linken Mitte regiert wird habe es, wie das Blatt schreibt, einen „solch unfassbaren Akt“ nicht gegeben.

Wer da geehrt wird, fragte der Präsident des Partisanenverbandes ANPI von Mailand, Roberti Cenati und verwies auf die Verbrechen, an denen die Mussolini-Faschisten als Vasallen Hitlerdeutschlands beteiligt waren. Dazu gehörten in Mailand unter dem Kommando von Hauptsturmbannführer Theodor Saevecke³⁶, zu dessen Stab Schwarzhemden gehörten, 2.000 ermordete Juden und Widerstandskämpfer. Statistisch erfasst, wurden in der RSI allein über 60.000 Kinder, Frauen und Männer jeden Alters umgebracht, nicht inbegriffen die gefallenen Partisanen und regulären Soldaten. Cenati erwähnt die 600.000 nach Deutschland verschleppten Militärinternierten (ehemalige Soldaten der Mussolini-Armee), von denen 30.000, als sie sich weigerten, in der RSI weiterzukämpfen, umgebracht und über 60.000 in Konzentrationslager verschleppt wurden

„Unser Gedenken gilt den Partisanen, der Armee der Befreiung, der Opfer der Vernichtungslager und der Militärinternierten in Hitlerdeutschland“, erklärte der ANPI-Präsident, der die Stadtverwaltung aufforderte, sich zu diesem skandalösen Vorfall zu äußern.

La Repubblica informierte, dass sich unter den 921 so geehrten Gefallenen 150 Angehörige der Schwarzen Brigaden - der italienischen SS -, befanden und über 40 der berüchtigten 10. Torpedobootflotille (Dexima MAS), deren Kommodore Valerio Borghese, in wenigstens 800 Fällen die Ermordung von Partisanen und Antifaschisten befohlen hatte und dafür 1946 als Kriegsverbrecher verurteilt worden war. Er wurde

³⁶ Savaecke konnte trotz seiner bekannten verbrecherischen Vergangenheit nach 1945 in der Bundesrepublik im BKA eine neue Karriere starten. Von 1952 bis 1963 brachte er es zum stellvertretenden Leiter der Bonner Sicherheitsgruppe, 1971 ging er mit allen Ehren in Pension.

schon 1948 begnadigt und versuchte im Dezember 1970 an der Spitze neofaschistischer Banden einer Fronte Nazionale die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und ein faschistisches Regime zu errichten. Das Gedenken galt auch dreier Schwarzhemden, die an der bestialischen Ermordung von 15 italienischen Geiseln am 12. August 1944 beteiligt waren, deren Leichname auf der Piazzale Loreto in Mailand mit den Köpfen nach unten aufgehängt zur Schau gestellt wurden.

Lorbeerkranz für SS-Verbrecher

Viele der RSI-Toten gehörten zum letzten Aufgebot des „Duce“, mit dem dieser Mailand, auf das Ende April 1945 die Partisanenarmee unterstützt durch den allgemeinen bewaffneten Aufstand zum Angriff ansetzte, in „ein Stalingrad Italiens“ verwandeln wollte. Während die Partisanen am 25. April den letzten verzweifelten Widerstand der Mussolini-Faschisten brachen, war dieser, begleitet von einer deutschen SS-Einheit, bereits in Richtung Schweizer Grenze geflüchtet. Am 27. April wurde er bei Dongo von einer Einheit der Garibaldi-Brigaden der IKP gefangen genommen. Am nächsten Tag wurde das vom Nationalen Befreiungskomitee unter dem Sozialisten Sandro Pertini gegen ihn und weitere faschistische Größen verhängte Todesurteil vollstreckt.

Der Lorbeer-Kranz mit einer Schleife in den rot-weißen Farben des Mailänder Stadtwappens wurde direkt neben dem Altar „Zum Gedenken der Gefallenen der Repubblica Sociale Italiano“ aufgestellt. Auf einer Marmorplatte mit schwarzem Kreuz und Adler steht „Wir werden Euch nie verraten“. Der Kranz der Stadtverwaltung liegt Seite an Seite mit einem des revanchistischen Verbandes der RSI-Anhänger.

Von der Democrazia Cristiana begründet

Dieser Geschichtsrevisionismus hat lange Traditionen. Zunächst wurde er durch die von der Democrazia Cristiana (DC) nach 1945 geführten Regierungen begründet und aktiv vom Vatikan unterstützt. Die DC unternahm nicht nur nichts, um das bereits im Dezember 1946 gegründete Movimento Sociale Italiano (MSI)³⁷, das sich zum direkten Nachfolger der Mussolinini-Partei erklärte und zu deren Programmatik und Traditionen bekannte, zu verbieten, sondern ließ zu, dass dieses sich im Parlament etablieren konnte und förderte aktiv diesen Prozess. Damit gingen die Faschisierungsprozesse im parlamentarischen Rahmen vor sich, wurden von rechten

³⁷ Der Parteiname, in dem Repubblica durch Movimento (Bewegung) ausgetauscht wurde, bezog sich direkt auf die RSI.

Kräften in bürgerlichen Parteien, vor allem der Democrazia Cristiana mitgetragen, was ihnen ein demokratisches Aushängeschild verschaffte.

So wurde die These von der Wahl des MSI ins Parlament als Argument ihrer „demokratischen Legitimität“ kreiert³⁸.

Einige Fakten, die das belegen: 1950 empfingen Staatspräsident Giulio Einaudi und Ministerpräsident Alcide De Gasperi eine MSI-Delegation mit ihrem Sekretär Arturo Michelini an der Spitze. 1953 stützte sich die Regierung Pella, eines zur DC gewechselten ehemaligen Mussolini-Faschisten, auf die Stimmen des MSI, um die erforderliche Mehrheit bei der Vertrauensabstimmung zu erhalten. 1957 bediente sich die Regierung Adone Zoli und danach die von Antonio Segni der Stimmen der Faschisten. 1960 versicherte sich Fernando Tambroni, ein früherer Hauptmann der Miliz der RSI, seit 1926 Mitglied der faschistischen Partei und nunmehriger Ministerpräsident der DC, der Unterstützung seiner faschistischen Kumpane. 1962 wurde der DC-Bewerber Segni und 1972 Giovanni Leone mit den MSI-Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der einflussreiche Don Luigi Sturzo, 1919 Gründer der katholischen Volkspartei, rief 1952 die DC und die anderen bürgerlichen Parteien auf, zusammen mit dem MSI und den Monarchisten einen Einheitsblock gegen die „rote Machtübernahme“ zu bilden.

Als sich mit Beginn der 50er Jahre die Forderungen verstärkten, das MSI als Nachfolger der Mussolinipartei zu verbieten, wandten sich Vatikankeise dagegen. Die Zeitschrift der Jesuiten „La Civiltà Cattolica“ verurteilte es, „die 20 Jahre Faschismus als völlig negativ zu bewerten“ und nannte das „eine Verleumdung des Vaterlandes“. Ministerpräsident Zoli genehmigte dem MSI, den Leichnam Mussolinis in den Heimatort des „Duce“ nach Predapio zu überführen und dort in einem Ehrenhain beizusetzen. Die Feiern des MSI gestalteten sich zu einer Verherrlichung Mussolinis und der unter seinem Regime begangenen Verbrechen. Noch heute ist Predapio ein Wallfahrtsort der Faschisten. Die Witwe des Diktators erhielt eine Rente bewilligt, während sie Antifaschisten und Verfolgten des Mussoliniregimes in unzähligen Fällen verweigert wurde. Das MSI-Blatt „Sècolo d’Italia“ bekam offizielle Staatszuschüsse.

Von den Linksdemokraten fortgesetzt

³⁸ Ein Prozess, der durchaus mit der heutigen Entwicklung der AfD in der Bundesrepublik zu vergleichen ist.

Nachdem die Revisionisten in der IKP diese Partei 1991 liquidiert und danach die sozialdemokratische Partito Democratico della Sinistra (PDS) gebildet hatten, schlossen sie sich schon bald diesem unheilvollen Geschichtsrevisionismus an.

Als das 1994 in die Regierung aufgenommene MSI sich im Januar 1995 zur Vertuschung seines faschistischen Charakters in Alleanza Nazionale (AN) umtaufte, nahm an dem Parteitag eine PDS-Delegation teil, unter der sich mit Ugo Pecchioli, einst Kommandant der berühmten 77. Garibaldi-Brigade, einer der angesehensten Resistenza-Kämpfer befand. Danach kam es immer öfter zu Kontakten, die den Charakter von Parteibeziehungen zwischen PDS und AN annahmen.

Nach dem Wahlsieg von Mitte-Links 1996 wurde Luciano Violante von der PDS Parlamentspräsident.

In seiner Antrittsrede stellte er den nationalen Charakter der Resistenza in Frage und rief dazu auf, über das Schicksal der „Besiegten von gestern“ nachzudenken, was hieß, der Salòfaschisten. Das nunmehrige AN-Blatt „Secolo d'Italia“ sprach von „historischen Ausführungen“. 1997 nahm Violante an einem Pressefest der AN teil und bezeugte in seiner Rede denjenigen, die in der Salò-Republik an der Seite der Hitlerwehrmacht kämpften, „seinen Respekt“. Violante sprach sich, wiederholt von stürmischen Beifall unterbrochen, dafür aus, das „Kapitel des Faschismus abzuschließen“ und ein „einheitliches Geschichtsbild“ zu gestalten.

Der Rechtswissenschaftler Mario Losano, belehrte Violante, dass Fini und seine Gefolgsleute in der AN Faschisten geblieben seien. „Die Orientierung an der faschistischen Ideologie ist, wenn auch mit verbalen Abschwächungen, de facto eine Konstante dieser Partei geblieben“.

Antonio Tabucchi³⁹ wies Violante zurecht und erklärte, die Salò-Faschisten „waren Kollaborateure der Nazis. Sie töteten und sie folterten. (...) Wer behauptet, die `Jungs

³⁹ Tabucchi schrieb u. a. die Erzählung „Im Reich des Heliogabal – Ein Aufruf gegen die Diktatur des Wortes“. In: Susanne Schüssler (Hg.) „Berlusconi Italien. Italien gegen Berlusconi“ Berlin, 2003. Heliogabal war Oberpriester des Kultes des gleichnamigen Sonnengottes, der von 218 bis 222 römischer Kaiser war. Er galt als der verrufenste römische Herrscher und wurde von seinen eigenen Soldaten erschlagen. Tabucchi vergleicht in seiner Erzählung den mehrmaligen faschistoiden Premier Silvio Berlusconi, Mitglied des Dreierdirektoriums der faschistischen Putschloge Propaganda due (P2), und dessen Mediendiktatur als „eine orientalische Form der Despotie, wie sie Heliogabal über Rom errichtet hatte“.

von Salo´ hätten immerhin für die Ehre des Vaterlandes gekämpft, der lügt. Dem muss man widersprechen.“

Eine „Partei der Nation“ für alle?

Die jetzigen Ereignisse können durchaus den Intentionen Premier Matteo Renzi, der gleichzeitig PD-Chef ist, entsprechen, die aus ehemaligen Linksdemokraten und Katholiken fusionierte Partito Democratico zu einer „Partei der Nation“ und „Partei für alle“ zu machen, der auch so genannte moderate extreme Rechten beitreten könnten, wenn sie ihre jetzigen Parteien (das träfe vor allem auf die Forza Italia (FI) Berlusconis, aber auch auf die rassistische Lega Nord zu), verlassen würden.

Vorgemacht hat das schon Berlusconis Ex-Vize Angelino Alfano, der mit abtrünnigen Parlamentariern und Senatoren der FI eine sogenannte „moderate“ Partei „Neues Rechtes Zentrum“ (NCD) gegründet hat, die Renzi in seine Regierung aufnahm.

DKP

Stephan Messerschmidt: Persönliche Aufforderung zu einer Stellungnahme der DKP

Meine Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), hat ihre Kampagne zum Erreichen von 1.834 Unterstützer-Unterschriften begonnen, um für die Bundestagswahl 2017 in Thüringen zugelassen zu werden.

Dieses Sammeln und Vorlegen beim Landeswahlleiter von Unterstützer-Unterschriften auf amtlichen Formularen müssen alle nicht im Bundestag vertretenen Parteien durchführen, die zur Wahl kandidieren wollen.

Um den Status einer politischen Partei zu behalten, muss das Erreichen der notwendigen Unterstützer aller fünf Jahre belegt werden. So auch durch die KPD.

Die KPD Führung hat vor geraumer Zeit ihre Mitglieder und Sympathisanten aufgerufen, die Genossen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei ihrer bundesweiten Wahlkampagne zu unterstützen.

Die KPD kandidiert nur im Bundesland Thüringen, da sie dort ihr größtes Wählerpotential hat. Darüber hat sie rechtzeitig die Vorstände der DKP in Berlin und

Erfurt informiert und gebeten, dass die DKP in Thüringen selbst nicht kandidiert und bat um Wahlunterstützung in diesem Bundesland. So wie es die KPD im Bund, außer Thüringen, macht.

Dieses Angebot wurde von den DKP-Führungen schroff und arrogant abgelehnt.

Nun treten in Thüringen die KPD und DKP gegeneinander an.

Ich persönlich fordere die DKP-Führungen zu einer öffentlichen Stellungnahme auf.

Stephan Messerschmidt

Frank Flegel: Anzeigenanfrage an die UZ – ein Erlebnisbericht

Um das Erscheinen des Buches „Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis“, das unsere Abonnenten/innen mit dieser Ausgabe der offen-siv zugestellt bekommen haben, bekannt zu machen, muss man selbstverständlich Werbung machen. So haben wir um bezahlte Anzeigen gebeten in der „jungen Welt“, in „Melodie und Rhythmus“, in der „Roten Fahne“ der KPD und in der UZ der DKP. „Junge Welt“, „Melodie und Rhythmus“ und „Rote Fahne“ waren umstandslos dazu bereit, die „Rote Fahne“ sogar kostenlos. Bei der UZ sah das anders aus.

Wir haben am 18. Oktober folgende Mail an die Anzeigenabteilung, die Genossen Herbst und Richter, gesandt:

„Lieber Genosse Herbst, lieber Genosse Richter,

wir möchten anfragen, ob Ihr zwei Anzeigen (identisch) für eine von uns geplante Buchveröffentlichung bringen könnt. Titel: "Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis". Dabei handelt es sich um die Briefe des Genossen Keßler an den Genossen Itzerott von 1992 bis 1999, dazu Auszüge aus Heinz Keßlers Reden vor Gericht. Die Einleitung hat Dieter Itzerott geschrieben.

Wir wollen für den Monat November 2016 ein Subskriptionsangebot auf den Weg bringen, das Buch wird Anfang Dezember erscheinen.

Ich weiß, dass unsere letzte Anzeige in der UZ (für unser marxistisch-leninistisches Fernstudium) von Eurem Parteivorstand als ein Fehler bezeichnet wurde. Vielleicht ist ja aber trotzdem eine Anzeige möglich, schließlich geht es hier ja nicht um eine

praktisch-politische Aktion der offen-siv, sondern um eine Buchveröffentlichung eines Genossen (Heinz Keßler), der Mitglied der DKP ist - ebenso wie der Adressat der Briefe, der Genosse Dieter Itzerott.

Über eine positive Entscheidung würde ich mich sehr freuen. Bitte lasst mich in diesem Falle wissen, wie die technischen und finanziellen Bedingungen aussehen.

Mit kommunistischen Grüßen!

Frank Flegel“

Es geschah nichts, kein Bild, kein Ton. Also schrieb ich am 26. Oktober eine erste Erinnerung, der ich die Anfrage vom 18.10.2016 nochmals hinzufügte:

„Lieber Genosse Herbster, lieber Genosse Richter, liebe Genossinnen und Genossen, vor gut einer Woche habe ich Euch die unten stehende Anfrage zugesandt. Bisher habt Ihr nicht geantwortet.

Ich glaube, dass es gut wäre, dieses Buch möglichst breit bekannt zu machen. Bitte prüft die Möglichkeit von zwei Anzeigen unsererseits in der UZ nochmals.

Mit kommunistischen Grüßen,

Frank Flegel“

Es geschah auch jetzt nichts. Also eine dritte Erinnerung, diese vom 2. November, wieder inklusive Anhang mit der ersten Anfrage und nun auch mit der ersten Erinnerung.

„Lieber Genosse Herbster, lieber Genosse Richter,

nun ist es schon wieder eine Woche her, dass ich Euch an unsere Anfrage erinnert habe. Wir sind noch immer sehr interessiert an zwei Anzeigen in der UZ (siehe unten).

Ich bitte Euch um eine Antwort.

Kommunistische Grüße,

Frank Flegel“

Weiterhin Schweigen.

Man will die Sache dort offensichtlich „aussitzen“, wie Helmut Kohl das einst so schön formuliert hat.

Wir müssen das akzeptieren, denn natürlich entscheidet eine Redaktion darüber, was in die Zeitung kommt – niemand hat das Recht, den Abdruck einer Anzeige einzufordern.

Aber ein leichtes Kopfschütteln ruft das Ganze bei mir schon hervor.

Ist das Buch eine Gefahr für die DKP bzw. ihre Mitglieder? Heinz Keßler und Dieter Itzerott sind Mitglieder der DKP. Da kann das Problem nicht liegen. Aber die „böse“ offen-siv ist der Verleger. Das scheint schlimm genug zu sein.

Nur: Lauern die Gefahren für die Partei nicht vielleicht eher auf dem rechten Flügel, bei denen, die eine offen gegen die DKP-Führung auftretende Internet-Seite betreiben, die offen sagen, dass sie sich nicht an Parteitagsbeschlüsse halten wollen, die beim UZ-Pressesfest ein „Dorf des Widerstandes“ aufbauen, wobei sich der Begriff Widerstand weniger gegen den Imperialismus, stattdessen mehr gegen den eigenen Parteivorstand bezieht und die sich für diese Aktivitäten nicht vor der Schiedskommission der Partei verantworten müssen?

Ich kann nur sagen: Zentrismus führt in den Sumpf, das hat die Geschichte schon oft genug bewiesen.

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

